

MATTHIAS NIEDOBITEK

Das Recht der
grenzüberschreitenden
Verträge

Jus Publicum

66

Mohr Siebeck

JUS PUBLICUM
Beiträge zum Öffentlichen Recht

Band 66



Matthias Niedobitek

Das Recht der grenzüberschreitenden Verträge

Bund, Länder und Gemeinden
als Träger grenzüberschreitender Zusammenarbeit

Mohr Siebeck

Matthias Niedobitek, geboren 1961; Privatdozent an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer; 1980 bis 1985 Studium der Rechtswissenschaft an der Freien Universität Berlin; 1988 Zweites Juristisches Staatsexamen in Baden-Württemberg; 1988 bis 1992 wissenschaftlicher Referent am Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer; 1992 Promotion an der Hochschule Speyer; 1992 bis 1998 Inhaber der Habilitationsstelle des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung; seit 1999 geschäftsleitender Institutsreferent des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung; 2000 Habilitation an der Hochschule Speyer.

Als Habilitationsschrift auf Empfehlung der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer gedruckt mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Niedobitek, Matthias:

Das Recht der grenzüberschreitenden Verträge : Bund, Länder und
Gemeinden als Träger grenzüberschreitender Zusammenarbeit /

Matthias Niedobitek. – Tübingen : Mohr Siebeck, 2001

(Jus publicum ; 66) 978-3-16-157965-3 Unveränderte eBook-Ausgabe 2019
ISBN 3-16-147447-3

© 2001 J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen aus der Garamond-Antiqua belichtet, auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Großbuchbinderei Heinr. Koch in Tübingen gebunden.

ISSN 0941-0503

Vorwort

Die vorliegende Untersuchung ist im Wintersemester 1999/2000 von der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer als Habilitationsschrift angenommen worden. Angeregt und betreut wurde die Arbeit von Prof. Dr. *Siegfried Magiera*, dem ich für seine nachdrückliche Förderung und Unterstützung während meiner Jahre in Speyer und schließlich im Habilitationsverfahren zu bleibendem Dank verpflichtet bin. Durch seine ständige Gesprächsbereitschaft, sein Vertrauen und seine Geduld auch in schwierigen Phasen hat er maßgeblich zum erfolgreichen Abschluß der Arbeit beigetragen. Ebenso schulde ich Prof. Dr. *Detlef Merten* großen Dank für die Erstellung des Zweitgutachtens in kürzester Frist. Der zügige Abschluß des Habilitationsverfahrens wurde nicht zuletzt auch durch das Entgegenkommen des Rektors der Hochschule, Prof. Dr. *Hermann Hill*, und der Leiterin der Abteilung 1, Regierungsrätin *Sabine Brieger*, bei der Terminierung der Senatssitzungen ermöglicht. Ihnen sei hierfür gedankt.

Das Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer (FÖV), dessen geschäftsleitender Institutsreferent ich seit Anfang des Jahres 1999 bin, ist meine wissenschaftliche Heimat geworden. Dem Institut selbst und seinen Mitgliedern verdanke ich viele erfreuliche persönliche Begegnungen und einen regen wissenschaftlichen Austausch, der seine unnachahmliche Prägung von der Multidisziplinarität des Instituts und einem Klima geistiger Offenheit erhält. Danken möchte ich in diesem Sinne den Geschäftsführenden Direktoren des FÖV, die das Institut seit meinem Eintritt im Jahr 1988 geleitet haben, nämlich Prof. Dr. *Willi Blümel* und Prof. Dr. *Klaus König* sowie Prof. Dr. *Karl-Peter Sommermann*, dem gegenwärtigen Amtsinhaber. *Karl-Peter Sommermann* hat das Entstehen dieser Arbeit von Beginn an, damals noch als geschäftsleitender Institutsreferent des FÖV, mit großem Wohlwollen begleitet und mich durch viele hilfreiche Gespräche und durch freundschaftlichen Rat ermutigt, den eingeschlagenen Weg weiter zu gehen. Ihm gilt mein besonderer Dank. Für ihre kontinuierliche Hilfsbereitschaft und vielfältige Unterstützung, vor allem in der Schlussphase der Arbeit, ist an dieser Stelle auch den Mitarbeiterinnen im Sekretariat des Forschungsinstituts zu danken – es handelt sich um *Irene Eggensberger*, *Sigrid Hübers*, *Ursula Jungkind* und – last not least – *Elisabeth Lerchenmüller*, deren technische Fertigkeiten mir oft eine große Beruhigung waren.

Außerordentlich erleichtert wurde die Arbeit in Speyer durch die hervorragende Hochschulbibliothek, die ihren legendären Ruf nicht nur einem immensen, nahezu lückenlosen Bücherbestand im Bereich des Öffentlichen Rechts, sondern auch ihrem äußerst qualifizierten und hilfreichen Personal verdankt, allen voran *Uschi Obliger*, deren phänomenales Gedächtnis nicht selten den Gang zum Katalog entbehrlich machte und deren unerschrockene Art, von höchster Stelle ausgeliehene Bücher herbei zu schaffen, mir immer wieder Bewunderung abnötigte.

Die Darstellung der Praxis der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im ersten Teil dieser Untersuchung wäre ohne die Hilfe zahlreicher Personen und Institutionen nicht möglich gewesen. Nur wenige können hier namentlich genannt werden. Dr. *Dietmar Eisenhammer*, Referatsleiter in der rheinland-pfälzischen Staatskanzlei, hat das Entstehen dieser Arbeit von Anfang an durch seine freundliche Hilfsbereitschaft gefördert. Er verschaffte mir insbesondere Zugang zu manchem unveröffentlichten Dokument und zu anderen wichtigen Informationen. Dr. *Gregor Halmes*, Referatsleiter im Ministerium für Wirtschaft des Saarlandes, hat mir in der ihm eigenen unkomplizierten und hilfsbereiten Art zahlreiche wertvolle Unterlagen zur Verfügung gestellt und mir in vielen freundschaftlichen Gesprächen, in Speyer oder in Saarbrücken, auch die nichtjuristischen Hintergründe der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit näher gebracht. Ihnen beiden sei an dieser Stelle herzlich gedankt. Des weiteren gilt mein Dank zahllosen Städten und Gemeinden, die mir Einblick in die von ihnen geübte Praxis der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gewährt haben, ferner vielen Länderverwaltungen, dem Bundesministerium des Innern sowie dem Europarat für unbürokratische Hilfe bei der Zusammenstellung der praktischen Beispiele grenzüberschreitender Zusammenarbeit.

Ohne einen äußerst großzügigen Druckkostenzuschuß der Deutschen Forschungsgemeinschaft wäre eine Veröffentlichung meiner Arbeit in der vorliegenden Form nicht möglich gewesen – hierfür möchte ich der DFG an dieser Stelle meinen Dank sagen. Dem Verlag Mohr Siebeck danke ich für die Aufnahme der Arbeit in die Reihe »Jus Publicum« und *Ilse König* für die angenehme Zusammenarbeit bei der Herstellung dieses Buches.

Meine Frau *Ulrike* und meine beiden Kinder *Markus* und *Mareike* haben zum Entstehen dieser Untersuchung unmittelbar nichts beigetragen; wie sollten sie auch. Ihnen verdanke ich umso mehr. Widmen möchte ich die Arbeit meinen Eltern, Dr. *Christa Niedobitek* und Prof. Dr. *Fred Niedobitek*.

Speyer, im September 2000

Matthias Niedobitek

Inhaltsübersicht

<i>1. Teil:</i> Grundlagen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit . . .	7
A. Der Begriff der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit	7
B. Die Träger der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit	43
C. Die Praxis der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit	64
D. Zusammenfassung	112
<i>2. Teil:</i> Grundlagen des grenzüberschreitenden Vertragsrechts	114
A. Vertragliche und nicht-vertragliche Instrumente der grenzüberschrei- tenden Zusammenarbeit	114
B. Die Grundlegung in einer konkreten Rechtsordnung als Ursache der rechtlichen Verpflichtungskraft des Vertrages	117
C. Die Rechtssubjektivität in einer konkreten Rechtsordnung als Voraussetzung für die Grundlegung eines Vertrages	125
D. Der Vorgang der Grundlegung eines Vertrages	127
E. Die Grundlegung eines Vertrages in mehreren Rechtsordnungen	128
F. Die für die Grundlegung eines Vertrages in Betracht kommenden Rechtsordnungen	132
G. Zusammenfassung	142
<i>3. Teil:</i> Der völkerrechtliche Vertrag als Instrument der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit	144
A. Die Existenzbedingungen des völkerrechtlichen Vertrages	144
B. Die Einbeziehung völkerrechtlicher Verträge in den innerstaatlichen Rechtsraum	151
C. Die völkerrechtliche Vertragsfähigkeit von Bund, Ländern und Gemeinden	174
D. Die Kompetenz zum Abschluß und zur Umsetzung völkerrechtlicher Verträge im deutschen Recht	194
E. Die Kompetenzverteilung für die Durchführung völkerrechtlicher Verträge im Wege grenzüberschreitender Zusammenarbeit	257
F. Zusammenfassung	286

4. Teil: Der gemeinschaftsrechtliche Vertrag als Instrument der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit	290
A. Einleitung	290
B. Der gemeinschaftsrechtliche Vertrag im allgemeinen	291
C. Der gemeinschaftsrechtliche Vertrag als spezielles Instrument der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit	308
D. Die Reichweite der Gemeinschaftsrechtsordnung	319
E. Zusammenfassung	322
5. Teil: Der nationalrechtliche Vertrag als Instrument der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit	324
A. Die Problematik des grenzüberschreitenden Vertragsschlusses	324
B. Der Begriff der nationalen Rechtsordnung	329
C. Grundlagen des internationalen Vertragsrechts	331
D. Der Abschluß nationalrechtlicher Verträge durch Bund, Länder und Gemeinden	374
E. Zusammenfassung	416
6. Teil: Die Übertragung von Hoheitsrechten als vertragliche Gestaltungsmöglichkeit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit	419
A. Einleitung	419
B. Der Vorgang der Übertragung von Hoheitsrechten	422
C. Der Gegenstand der Übertragung	427
D. Die Abgrenzung der Übertragung von Hoheitsrechten von anderen Formen der Zulassung fremder Hoheitsgewalt	431
E. Die Adressaten der Hoheitsrechtsübertragung	434
F. Die Kompetenzverteilung für die Übertragung von Hoheitsrechten ...	446
G. Zusammenfassung	449
Ergebnis	451
Literaturverzeichnis	457
Sach- und Ortsverzeichnis	513

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XIX
-----------------------------	-----

Einleitung	1
------------------	---

1. Teil:

Grundlagen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

A. Der Begriff der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit	7
---	---

I. Die spezifischen Merkmale der grenzüberschreitenden Zusammen- arbeit	7
--	---

1. Übersicht	7
--------------------	---

2. Konkretisierung der Merkmale	11
---------------------------------------	----

a) Die Merkmale einer »Zusammenarbeit«	11
--	----

b) Die Merkmale der »Grenzüberschreitung«	16
---	----

aa) Zwei Ausprägungen	17
-----------------------------	----

(1) Die Überwindung der Grenzen als Folge der Zusam- menarbeit	17
---	----

(2) Die Überwindung der Grenzen als Ziel der Zusam- menarbeit	19
--	----

bb) Einzelfragen	20
------------------------	----

(1) Multilaterale Zusammenarbeit	20
--	----

(2) Zusammenarbeit auf EU-Ebene	21
---------------------------------------	----

(3) Erfordernis direkten Grenzkontakts	23
--	----

(4) Partnerschaftsvereinbarungen	24
--	----

(5) Mischformen	25
-----------------------	----

3. Zusammenfassende Definition	27
--------------------------------------	----

II. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit und andere Kooperations- formen	28
--	----

1. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit im engeren und im weiteren Sinn	28
---	----

2. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit und grenznach- bar(schaft)liche Zusammenarbeit	31
--	----

3. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit und interregionale Zusammenarbeit	32
---	----

4. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit	35
5. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit und interterritoriale Zusammenarbeit	36
6. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit und transnationale Zusammenarbeit	37
7. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit und regionale Zusammenarbeit	40
B. Die Träger der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit	43
I. Der Begriff des »Trägers«	43
II. Gebietskörperschaften als Träger der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit	49
III. Bund, Länder und Gemeinden als Träger der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit	52
1. Der Bund	52
2. Die Länder	58
3. Die Gemeinden	60
C. Die Praxis der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit	64
I. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in einzelnen Aufgabebereichen	66
1. Erleichterung des grenzüberschreitenden Verkehrs	66
a) Grenzüberschreitende Verkehrswege und -mittel	66
b) Erleichterung des Grenzübertritts	69
2. Verbrechensbekämpfung in den Grenzgebieten	71
3. Bewirtschaftung grenzüberschreitender Gewässer	73
4. Abstimmung im Bereich der Raumplanung	76
5. Umweltschutz	78
a) Umweltpolitische Gestaltung	78
b) Abwehr von Umweltgefährdungen	81
6. Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung	83
a) Wirtschaftsförderung	83
b) Tourismus	85
7. Bildung und Wissenschaft	86
8. Daseinsvorsorge	88
a) Kindergärten	88
b) Freizeiteinrichtungen	89
c) Energie- und Wasserversorgung	90
d) Abwasserreinigung	91
e) Katastrophen- und Brandschutz	92

II. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit allgemeiner Art	95
1. Die Ebene des Bundes	95
2. Die Ebene der Länder	97
3. Die Ebene der Gemeinden	98
a) Gesprächskontakte	98
b) Institutionelle Verfestigung	99
c) Euro-Regionen	101
III. Die Schaffung rechtlicher Instrumente zur Stärkung der sub- nationalen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit	103
1. Madrider Rahmenübereinkommen und Zusatzprotokoll	104
2. Ausführungsabkommen zum Madrider Rahmenübereinkom- men	106
a) Das Anholter Abkommen	107
b) Das Mainzer Abkommen	108
c) Das Karlsruher Abkommen	109
3. Der Entwurf einer Europäischen Charta der regionalen Selbst- verwaltung	111
D. Zusammenfassung	112

2. Teil:

Grundlagen des grenzüberschreitenden Vertragsrechts

A. Vertragliche und nicht-vertragliche Instrumente der grenz- überschreitenden Zusammenarbeit	114
B. Die Grundlegung in einer konkreten Rechtsordnung als Ursache der rechtlichen Verpflichtungskraft des Vertrages	117
C. Die Rechtssubjektivität in einer konkreten Rechtsordnung als Voraus- setzung für die Grundlegung eines Vertrages	125
D. Der Vorgang der Grundlegung eines Vertrages	127
E. Die Grundlegung eines Vertrages in mehreren Rechtsordnungen	128
F. Die für die Grundlegung eines Vertrages in Betracht kommenden Rechtsordnungen	132
G. Zusammenfassung	142

3. Teil:

Der völkerrechtliche Vertrag als Instrument
der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

A. Die Existenzbedingungen des völkerrechtlichen Vertrages	144
I. Notwendigkeit der Grundlegung des Vertrages im Völkerrecht ..	144
II. Voraussetzungen der Grundlegung eines Vertrages im Völkerrecht	146
B. Die Einbeziehung völkerrechtlicher Verträge in den innerstaatlichen Rechtsraum	151
I. Fragestellung	151
II. Das Verhältnis zwischen Völkerrecht und staatlichem Recht	153
III. Die Methoden der Einbeziehung völkerrechtlicher Verträge in den innerstaatlichen Rechtsraum	157
IV. Geltung und unmittelbare Anwendbarkeit völkerrechtlicher Verträge im innerstaatlichen Rechtsraum	167
V. Der Rang völkerrechtlicher Verträge im innerstaatlichen Rechtsraum	172
C. Die völkerrechtliche Vertragsfähigkeit von Bund, Ländern und Gemeinden	174
I. Grundsätze	174
II. Vertragsfähigkeit durch Völkergewohnheitsrecht	176
1. Die Vertragsfähigkeit des Bundes	176
2. Die Vertragsfähigkeit der Länder	179
3. Die Vertragsfähigkeit der Gemeinden	186
III. Vertragsfähigkeit durch völkerrechtlichen Vertrag	189
1. Die Vertragsfähigkeit des Bundes	189
2. Die Vertragsfähigkeit von Ländern und Gemeinden	190
D. Die Kompetenz zum Abschluß und zur Umsetzung völkerrechtlicher Verträge im deutschen Recht	194
I. Das Verhältnis zwischen völkerrechtlicher Vertragsfähigkeit und innerstaatlicher Normierung der Vertragsgewalt	194
II. Grundsätze der Abschluß- und der Umsetzungsbefugnis	196
1. Die Unterscheidung zwischen Abschluß- und Umsetzungsbefugnis	196

2. Das Vertragsschließungsrecht von Bund, Ländern und Gemeinden	197
a) Die allgemeine Regelung des Vertragsschließungsrechts in Art. 32 GG	197
b) Das Vertragsschließungsrecht in weiteren Bestimmungen des Grundgesetzes	200
aa) Art. 59 Abs. 2 S. 1 GG	200
bb) Die Normierung der Integrationskompetenz des Bundes (Art. 24 Abs. 1 und 23 Abs. 1 GG)	201
cc) Die Normierung der Integrationskompetenz der Länder (Art. 24 Abs. 1 a GG)	205
dd) Ergebnis	208
c) Weiterleitung der Vertragsgewalt	209
3. Die Befugnis zur Umsetzung völkerrechtlicher Verträge des Bundes und der Länder	211
III. Streitpunkte zwischen Bund und Ländern	212
1. Die bestehenden Differenzen und ihre aktuelle Bedeutung	212
2. Die Abschluß- und die Umsetzungsbefugnis des Bundes im Bereich der ausschließlichen Gesetzgebungszuständigkeit der Länder	214
a) Notwendigkeit und Möglichkeit einer Entscheidung der Streitfrage	214
b) Darstellung und Entscheidung der Streitfrage	215
aa) Meinungsstand und Stellungnahme	215
bb) Zur Notwendigkeit einer Kongruenz von Abschluß- und Umsetzungsbefugnis	217
cc) Die Inkongruenz von Abschluß- und Umsetzungs- befugnis	220
3. Abschluß und Umsetzung von Verträgen über die grenz- überschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörper- schaften	225
a) Die aktuelle Staatspraxis	225
b) Die Abschluß- und die Umsetzungsbefugnis von Bund und Ländern	229
aa) Der allgemeine Rahmen	229
bb) Das ausschließliche Vertragsrecht des Bundes	230
cc) Das Vertragsrecht der Länder	233
(1) Einschränkung des Vertragsrechts der Länder durch Art. 84 Abs. 1 und 85 Abs. 1 GG	234
(2) Einschränkung des Vertragsrechts der Länder durch restriktive Interpretation des Begriffs der Gesetzgebung in Art. 32 Abs. 3 GG	237

dd) Folgerungen für die Umsetzungsbefugnis	239
c) Die Problematik der doppelten Vertragspartnerschaft	241
aa) Die doppelte Vertragspartnerschaft als Normvariante des Art. 32 GG	241
bb) Verfassungsrechtliche Beurteilung der doppelten Vertragspartnerschaft	243
(1) Die »unechte« und die »echte« doppelte Vertragspartner- schaft	243
(2) Die Trennung der Verwaltungsbereiche von Bund und Ländern	246
(aa) Verbot der Doppelzuständigkeit	246
(bb) Verbot der Mischverwaltung	250
(3) Das föderative Gleichbehandlungsgebot	252
cc) Praktische Einwände gegen die doppelte Vertrags- partnerschaft	253
E. Die Kompetenzverteilung für die Durchführung völkerrechtlicher Verträge im Wege grenzüberschreitender Zusammenarbeit	257
I. Einführung	257
II. Die Durchführung völkerrechtlicher Verträge des Bundes	257
1. Grundsätze der Durchführung völkerrechtlicher Verträge im Wege grenzüberschreitender Zusammenarbeit	258
a) Die Reichweite von Art. 32 GG	258
b) Der Bereich der »Beziehungen zu auswärtigen Staaten« ...	260
c) Die Einbindung von Landes- oder Gemeindebehörden in die Durchführung völkerrechtlicher Verträge	266
d) Zusammenfassung	270
2. Beteiligung der Länder an Regierungs- und Regional- kommissionen	271
a) Beispiele	271
b) Handeln für den Bund oder in eigener Sache?	274
3. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit der »zuständigen Stellen«	279
a) Beispiele	279
b) Handeln für den Bund oder in eigener Sache?	282
III. Die Durchführung völkerrechtlicher Verträge der Länder	284
F. Zusammenfassung	286

4. Teil:

Der gemeinschaftsrechtliche Vertrag als Instrument
der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

A. Einleitung	290
B. Der gemeinschaftsrechtliche Vertrag im allgemeinen	291
I. Der Begriff des gemeinschaftsrechtlichen Vertrages	291
II. Die Bedeutung des Grundsatzes begrenzter Ermächtigung für den gemeinschaftsrechtlichen Vertrag	292
III. Der gemeinschaftsrechtliche Vertrag im primären Gemeinschafts- recht	292
1. Artikel 293 EGV	293
2. Einvernehmliche Beschlüsse der Regierungsvertreter im Organisationsbereich	294
3. Artikel 238 und 288 Abs. 1 EGV	296
4. Das Dienstrecht der Gemeinschaft	300
IV. Der gemeinschaftsrechtliche Vertrag im sekundären Gemein- schaftsrecht	302
1. Das Dienstrecht der Gemeinschaft	302
2. Ansätze für ein europäisches Privatrecht	303
a) Schaffung eines europäischen ZGB	303
b) Europäische Gesellschaftsformen	304
aa) Die Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung (EWIV)	304
bb) Bemühungen um weitere europäische Gesellschafts- formen	307
C. Der gemeinschaftsrechtliche Vertrag als spezielles Instrument der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit	308
I. Der Befund des primären Gemeinschaftsrechts	308
II. Die Bedeutung sekundärrechtlicher Pflichten zur grenzüber- schreitenden Zusammenarbeit	309
III. Die Haltung der Gemeinschaftsorgane zur Schaffung gemein- schaftsrechtlicher Instrumente für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit	310
1. Das Europäische Parlament	310
2. Die Kommission	314
3. Der Rat	317
IV. Zusammenfassung	318

D. Die Reichweite der Gemeinschaftsrechtsordnung	319
E. Zusammenfassung	322

5. Teil:

Der nationalrechtliche Vertrag als Instrument
der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

A. Die Problematik des grenzüberschreitenden Vertragsschlusses	324
B. Der Begriff der nationalen Rechtsordnung	329
C. Grundlagen des internationalen Vertragsrechts	331
I. Einleitung	331
II. Die Existenz des Vertrages	332
III. Die Frage nach dem »Sitz« des Vertrages	335
IV. Die Festlegung des Regelungsbereichs der nationalen Rechts- ordnung als erste Aufgabe des Kollisionsrechts	342
V. Die Verweisung auf ausländisches Recht als zweite Aufgabe des Kollisionsrechts	349
1. Die Ausgangsfrage des Kollisionsrechts	349
2. Die These von der Inkorporation fremden Rechts	351
3. Die These von der »wirklichen Anwendung fremden Rechts« .	352
4. Der Status fremder Rechtsnormen	357
5. Schlußfolgerungen für das internationale Vertragsrecht	359
a) Die Aufgaben des Kollisionsrechts	359
b) Die Unterscheidung zwischen Grundlegung und proper law und die Bedeutung der kollisionsrechtlichen Verwei- sung	361
VI. Kollisionsrecht für das Privatrecht und für das öffentliche Recht .	363
1. Die Technik der Sachnormergänzung im privaten und im öffentlichen Kollisionsrecht	363
2. Die These von der Einseitigkeit des öffentlichen Kollisions- rechts	366
3. Schlußfolgerungen	371
D. Der Abschluß nationalrechtlicher Verträge durch Bund, Länder und Gemeinden	374
I. Die Voraussetzungen für den Abschluß nationalrechtlicher Verträge	374
II. Die Vertragsfähigkeit von Bund, Ländern und Gemeinden im deutschen Recht	376

1. Der Vertrag im deutschen Recht	376
2. Der Begriff der »Vertragsfähigkeit«	379
3. Der Umfang der Vertragsfähigkeit von Bund, Ländern und Gemeinden	380
a) Privatrechtliche Vertragsfähigkeit	381
b) Öffentlich-rechtliche Vertragsfähigkeit	389
c) Ergebnis	390
4. Die Verbandskompetenz von Bund, Ländern und Gemeinden im Hinblick auf den Abschluß nationalrechtlicher Verträge ...	391
a) Der akzessorische Charakter der Vertragsschluß- kompetenz	391
b) Die Nichtzugehörigkeit nationalrechtlicher Verträge zum Bereich der auswärtigen Gewalt	393
c) Die Sachkompetenz von Bund, Ländern und Gemeinden ..	397
aa) Die Verteilung der Verbandskompetenz zwischen Bund und Ländern	397
bb) Der Wirkungskreis der Gemeinden und Kreise	399
d) Die Organisationskompetenz von Bund, Ländern und Gemeinden	404
5. Ergebnis	406
III. Die Vertragsfähigkeit in fremden Rechtsordnungen	407
1. Einleitung	407
2. Die Notwendigkeit einer wirklichen Anerkennung der Vertragsfähigkeit	408
3. Die privatrechtliche Vertragsfähigkeit	411
4. Die öffentlich-rechtliche Vertragsfähigkeit	412
E. Zusammenfassung	416

6. Teil:

Die Übertragung von Hoheitsrechten als vertragliche Gestaltungsmöglichkeit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

A. Einleitung	419
B. Der Vorgang der Übertragung von Hoheitsrechten	422
I. Die Deutung des Übertragungsvorgangs	422
II. Die Zweiaktigkeit des Übertragungsvorgangs	425
C. Der Gegenstand der Übertragung	427

D. Die Abgrenzung der Übertragung von Hoheitsrechten von anderen Formen der Zulassung fremder Hoheitsgewalt	431
E. Die Adressaten der Hoheitsrechtsübertragung	434
I. Übersicht	434
II. Zwischenstaatliche Einrichtungen gemäß Art. 24 Abs. 1 GG	434
III. Grenznachbarschaftliche Einrichtungen gemäß Art. 24 Abs. 1 a GG	440
1. Das rechtliche Regime grenznachbarschaftlicher Einrichtungen	440
a) Die von der Literatur aufgeworfenen Fragen	440
b) Die Entwicklung einer kohärenten Lösung	444
2. Die weitere Auslegung von Art. 24 Abs. 1 a GG	445
F. Die Kompetenzverteilung für die Übertragung von Hoheitsrechten ..	446
G. Zusammenfassung	449
Ergebnis	451
Literaturverzeichnis	457
Sach- und Ortsverzeichnis	513

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	anderer Ansicht
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
a.E.	am Ende
AFDI	Annuaire Français de Droit International
AfK	Archiv für Kommunalwissenschaften
AFG	Arbeitsförderungsgesetz
AGEG	Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen
AIDI	Annuaire de l'Institut de Droit International
AJIL	The American Journal of International Law
AK-GG	Reihe Alternativkommentare – Kommentar zum Grundgesetz (s. Literaturverzeichnis)
Anm. d. Verf.	Anmerkung des Verfassers dieser Arbeit
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts / Archiv für öffentliches Recht
ArchVR	Archiv des Völkerrechts
ARGE ALP	Arbeitsgemeinschaft Alpenländer
ARL	Akademie für Raumforschung und Landesplanung
Art.	Artikel
ASSP	Annuaire Suisse de Science Politique
AtG	Atomgesetz
Aufl.	Auflage
Austrian J. Publ.	Austrian Journal of Public International Law
Intl. Law	
BAnz	Bundesanzeiger
BauGB	Baugesetzbuch
Ba-Wü.	Baden-Württemberg
BaWüVerf	Verfassung des Landes Baden-Württemberg vom 11. November 1953
Bayer.	Bayerisch
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
BayVerf	Verfassung des Freistaates Bayern vom 2. Dezember 1946
Bd.	Band
BerDGVR	Berichte der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht
BFHE	Sammlung der Entscheidungen des Bundesfinanzhofes
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des BGH in Zivilsachen
BK	Bonner Kommentar zum Grundgesetz (s. Literaturverzeichnis)

BrandbgVerf	Verfassung des Landes Brandenburg vom 20. August 1992
BR-Drs.	Bundsratsdrucksache
BremVerf	Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen vom 21. Oktober 1947
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
Bull.	Bulletin
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BYIL	British Year Book of International Law
bzw.	beziehungsweise
CE-Dok.	Dokument des Europarates
CLRAE	Congress of Local and Regional Authorities of Europe
CMLR	Common Market Law Review
CSFR	Tschechische und Slowakische Föderative Republik
DAG	Deutsches Auslieferungsgesetz v. 23. 12. 1929
dens.	denselben
ders.	derselbe
dies.	dieselbe / dieselben
Diss.	Dissertation
DJT	Deutscher Juristentag
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DRiZ	Deutscher Richterzeitung
DV	Die Verwaltung
DVBbl.	Deutsches Verwaltungsblatt
E	Entscheidung
EA	Europa-Archiv
EAG	Europäische Atomgemeinschaft
ebd.	ebenda
EC	European Community
ECK	Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung
EFRE	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
EG	Europäische Gemeinschaft
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EJIL	European Journal of International Law
EKS	Elektrizitätswerke des Kantons Schaffhausen
ELR	European Law Review
EMRK	(Europäische) Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten
EP	Europäisches Parlament
EPIL	Encyclopedia of Public International Law
ETI	Europäisches Tourismus Institut an der Universität Trier
ETS	European Treaties Series
EU	Europäische Union / European Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
EuGVÜ	Europäisches Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen

Euratom	(s. EAG)
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuR	Europarecht
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag zur Gründung der EWG
EWIV	Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EZB	Europäische Zentralbank
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
ff.	folgende
FG	Festgabe / Finanzgericht
Fn.	Fußnote (in anderen Werken)
FS	Festschrift
GABl.	Gemeinsames Amtsblatt
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (Titel V EUV)
GBL	Gesetzblatt
GeI	Gericht erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften
GemO	Gemeindeordnung
GewArch	Gewerbearchiv
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
GkG	Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit NRW
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GMBL	Gemeinsames Ministerialblatt
GTE	Groeben / Thiesing / Ehlermann (s. Literaturverzeichnis)
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
GYIL	German Yearbook of International Law
HambVerf	Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg vom 6. Juni 1952
HandKommEUV	Handkommentar zum Vertrag über die Europäische Union (EUV / EGV) (s. Hailbronner u. a., Literaturverzeichnis)
HbVerfR	Handbuch des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland
HER	Handbuch des Europäischen Rechts (s. Ehlermann / Bieber, Literaturverzeichnis)
HessVerf	Verfassung des Landes Hessen vom 1. Dezember 1946
HkWP	Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis
h.L.	herrschende Lehre
HLR	Harvard Law Review
Hrsg.	Herausgeber
HStR	Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland
ICJ	International Court of Justice
ICLQ	International and Comparative Law Quarterly
i.d.F.	in der Fassung
ILS	Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen
INAP	Instituto Nacional de Administración Pública
INTABO	Internationale Tagungslandschaft Bodensee
IO	International Organization
IPR	Interregionaler Parlamentarier-Rat / Internationales Privatrecht (je nach Kontext)

IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
IRG	Gesetz über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen
i.V.m.	in Verbindung mit
IVR	Internationales Verwaltungsrecht
JA	Juristische Arbeitsblätter
JBl.	Juristische Blätter
JCMS	Journal of Common Market Studies
JDI	Journal du Droit International
JIR	Jahrbuch für Internationales Recht
J.O.	Journal officiel de la République Française
JöR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart
JR	Juristische Rundschau
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel
KGRE	Kongreß der Gemeinden und Regionen Europas
KGSt	Kommunale Gemeinschaftsstelle
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
KOM	Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Dokumente
KommP BW	KommunalPraxis Baden-Württemberg
KommZG	Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit (Bayern)
KSVG	Kommunaleselbstverwaltungsgesetz (Saarland)
LACE	Linkage Assistance and Cooperation for the European Border Regions
LJIL	Leiden Journal of International Law
LKO	Landkreisordnung
LT-Drs.	Landtagsdrucksache
m.a.W.	mit anderen Worten
MdL	Mitglied des Landtages
MDR	Monatsschrift für deutsches Recht
MecklVorpVerf	Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern vom 23. Mai 1993
MinBl.	Ministerialblatt
m.N.	mit Nachweisen
Mrd.	Milliarden
NAGRA	Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle
NATO	North Atlantic Treaty Organisation
Nds	niedersächsisch
NdsVBl.	Niedersächsische Verwaltungsblätter
NiedersVerf	Niedersächsische Verfassung vom 19. Mai 1993
NILR	Netherlands International Law Review
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NordrWestVerf	Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 28. Juni 1950
Nr./No.	Nummer
NRW	Nordrhein-Westfalen
NuR	Natur und Recht
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NWVBl.	Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter
NYIL	Netherlands Yearbook of International Law
OECD-Dok.	Dokument der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
ÖJZ	Österreichische Juristen-Zeitung

ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
Österr.	österreichisch
ÖZöffR	Österreichische Zeitschrift für öffentliches Recht und Völkerrecht
OVG	Oberverwaltungsgericht
PCIJ	Permanent Court of International Justice
PE-Dok.	Europäisches Parlament, Berichte im Namen der Ausschüsse
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RBDI	Revue Belge de Droit International
RdC	Recueil des Cours (Académie de Droit International)
RDV	Revue du Droit Public
RFDA	Revue Française de Droit Administratif
RGBL	Reichsgesetzblatt
R.G.D.I.P.	Revue Générale de Droit International Public
RheinPfVerf	Verfassung für Rheinland-Pfalz vom 18. Mai 1947
Rh-Pf.	Rheinland-Pfalz
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
RL	Richtlinie der EG
RMC	Revue du Marché commun et de l'Union européenne
Rn.	Randnummer
Rs.	Rechtssache
RTDE	Revue Trimestrielle de Droit Européen
RuP	Recht und Politik
RuR	Raumforschung und Raumordnung
S.	Seite, Satz
SaarlVerf	Verfassung des Saarlandes vom 15. Dezember 1947
SachsAnhVerf	Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt vom 16. Juli 1992
SächsVBl.	Sächsische Verwaltungsblätter
SächsVerf	Verfassung des Freistaates Sachsen vom 27. Mai 1992
SchleswHolVerf	Verfassung des Landes Schleswig-Holstein vom 13. Dezember 1949
SDÜ	Schengener Durchführungsübereinkommen
SGB	Sozialgesetzbuch
SJIR	Schweizerisches Jahrbuch für Internationales Recht
Slg.	Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaften
sog.	sogenannt
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StIGH	Ständiger Internationaler Gerichtshof
SZIER	Schweizerische Zeitschrift für internationales und europäisches Recht
TACIS	Technical Assistance for the Commonwealth of Independent States
ThürKO	Thüringer Kreisordnung
ThürVBl.	Thüringer Verwaltungsblätter
ThürVerf	Verfassung des Freistaats Thüringen vom 25. Oktober 1993
UA	Unterabsatz
u.a.	unter anderem
UPR	Umwelt- und Planungsrecht
Urt.	Urteil
u.U.	unter Umständen
UVP	Umweltverträglichkeitsprüfung
VBIBW	Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg
VerwArch	Verwaltungsarchiv

VG	Verwaltungsgericht
vgl.	vergleiche
VN	Vereinte Nationen
VO	Verordnung
Vol.	Band
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz des Bundes
WEGS	Wohlfarth / Everling / Glaesner / Sprung (s. Literaturverzeichnis)
WiR	Wirtschaftsrecht
WissR	Wissenschaftsrecht
WiVerw	Wirtschaft und Verwaltung
WPfIG	Wehrpflichtgesetz
WVK	Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge
WVKIO	Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge zwischen Staaten und internationalen Organisationen oder zwischen internationalen Organisationen
YBILC	Yearbook of the International Law Commission
ZAIP	Zeitschrift für Ausländisches und Internationales Privatrecht
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZBl.	Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZEuS	Zeitschrift für Europarechtliche Studien
ZfP	Zeitschrift für Politik
ZfRV	Zeitschrift für Rechtsvergleichung
ZfVR	Zeitschrift für Völkerrecht
ZG	Zeitschrift für Gesetzgebung
ZGB	Zivilgesetzbuch
Ziff.	Ziffer
ZLW	Zeitschrift für Luft- und Weltraumrecht
ZParl	Zeitschrift für Parlamentsfragen
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZSR	Zeitschrift für Schweizerisches Recht
ZStW	Zeitschrift für die gesamten Staatswissenschaft
ZVglRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft

Einleitung

Die vorliegende Untersuchung hat sich zum Ziel gesetzt, das Recht der grenzüberschreitenden Verträge, soweit Bund, Länder oder Gemeinden als deutsche Vertragspartner beteiligt sind, vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen in der Staatenpraxis sowie der deutschen Staats- und Verwaltungspraxis systematisch darzustellen, kritisch zu erläutern und die rechtlichen Zusammenhänge transparent zu machen. Hierdurch soll vor allem zum Abbau der in Wissenschaft und Praxis bestehenden Rechtsunsicherheit im Bereich des grenzüberschreitenden Vertragsrechts beigetragen werden.

Unter grenzüberschreitenden Verträgen werden Verträge verstanden, die der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zuzurechnen sind. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit stellt einen besonderen Kooperationstypus dar, der sich vor allem durch seine spezifisch räumliche Beziehung zur Staatsgrenze von anderen aus dem staatlichen Binnenbereich heraustretenden Kooperationsformen unterscheidet.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit öffentlicher Körperschaften wird zusehends als selbständiges Forschungsfeld erkannt und aus der Perspektive verschiedener Wissenschaftsdisziplinen untersucht. Neben den Juristen sind es vor allem Politik- und Sozialwissenschaftler,¹ aber auch Vertreter anderer Disziplinen,² die sich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit angenommen haben. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit präsentiert sich als Gegenstand verwaltungswissenschaftlicher Erkenntnis *par excellence*. Wie es in anderen Bereichen auch zu beobachten ist, eilt aber die Staats- und Verwaltungspraxis im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ihrer wissenschaftlichen Durchdringung weit voraus. Daß von Seiten der Verwaltungspraktiker hier ein gewisses Defizit empfunden wird, belegt die Tatsache, daß die wissenschaftliche Befassung mit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mehr als in anderen Bereichen

¹ Vgl. etwa die Untersuchungen von *J. Beck*, Netzwerke in der transnationalen Regionalpolitik, 1997; *Frensch*, Regionale Politikverflechtung, 1995.

² Z.B. Geographie, Raumordnung, Städteplanung, Volkswirtschaftslehre, Geschichte. Je nach Blickwinkel und Schwerpunkt kann man die multidisziplinäre Befassung mit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit dem Forschungszweig der Regionalforschung oder dem der Integrationsforschung zurechnen. Vgl. hierzu *Schmitt-Egner*, »Grenzüberschreitende Zusammenarbeit« in Europa als Gegenstand wissenschaftlicher Forschung, S.27.

eine Angelegenheit von Spezialisten ist, die die Praxis der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit nicht selten aus eigener beruflicher Anschauung kennen.³

Wissenschaftlicher Nachholbedarf besteht insbesondere im Bereich der Erforschung der grenzüberschreitenden Verträge, also im Bereich der rechtsverbindlichen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Die rechtlich unverbindlichen Kooperationsformen – von Theorie⁴ und Praxis⁵ durchweg als rechtlich unbedenklich eingestuft – nehmen zwar auch heute noch einen breiten Raum in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ein,⁶ und die »Flucht in die Unverbindlichkeit« ist für viele immer noch ein probates Mittel, um tatsächlichen oder vermeintlichen rechtlichen Schwierigkeiten des grenzüberschreitenden Vertragschlusses aus dem Weg zu gehen.

Jedoch ist eine Tendenz zur Verrechtlichung, d.h. zur rechtsverbindlichen Gestaltung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit durch Verträge⁷ offenkundig. Die früher verbreitete Scheu subnationaler Körperschaften, Vereinbarungen mit dem Anspruch rechtlicher Verbindlichkeit auch über die Staatsgrenze zu schließen oder solche Vereinbarungen, wurden sie doch einmal geschlossen, zu offenbaren, hat begonnen, einer gegenteiligen Einstellung Platz zu machen: Grenzüberschreitende Verträge sind möglich! In der Praxis der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit werden folglich mit wachsendem Selbstbewußtsein und

³ Zu den literarisch in Erscheinung getretenen Verwaltungspraktikern zählen insbesondere – in alphabetischer Reihenfolge – *Bauer, Droste-Hülshoff, Eisenhammer, Gabbe, Halmes und Wohlfarth* (vgl. das Literaturverzeichnis).

⁴ Vgl. etwa *Beyerlin*, ZaöRV 1994, S. 587 (594 Fn. 32): Rechtsunverbindliche grenzüberschreitende »Interaktionen« auf lokaler Ebene seien verfassungsrechtlich unproblematisch, solange sie keine Einmischung in die »große Außenpolitik« bedeuteten. Im Ergebnis ebenso z.B. *Hoppe / Beckmann*, DVBl. 1986, S. 1 (7). Vgl. auch *Levrat*, Le droit applicable, S. 269, zu den unverbindlichen Formen der Zusammenarbeit: »..., un tel type de relation n'est aucunement confronté à des limitations découlant de l'existence ou de l'inexistence de compétences des CPIEs«.

⁵ Vgl. etwa das vom Auswärtigen Amt herausgegebene Merkblatt »Verträge und Absprachen der Länder mit auswärtigen Staaten und Gebietskörperschaften«, worin den Ländern empfohlen wird, auf rechtlich verbindliche Absprachen zu verzichten und sich auf politische Absichtserklärungen zu beschränken, weil bisherige Erfahrungen gezeigt hätten, »daß bei vielen grenzüberschreitenden Vorhaben Absprachen, die unterhalb der Schwelle völkerrechtlicher Verträge liegen, durchaus genügen«. Das Merkblatt ist abgedruckt in den »Richtlinien für die Behandlung völkerrechtlicher Verträge« (Stand Februar 1998), S. 85f.

⁶ *Schulz / Brücher*, magazin forschung (Universität des Saarlandes) 1/1997, S. 46 (49), meinen, noch heute spiele sich im Raum Saar-Lor-Lux die Mehrzahl der grenzüberschreitenden Aktivitäten der Gemeinden und Gemeindeverbände in einem weitgehend rechtsfreien bzw. informellen Rahmen ab. Vgl. ferner *K. O. Nass*, DÖV 1996, S. 274 (279 / 281), der Entwicklungshilfevereinbarungen der deutschen Länder allgemein als regelmäßig unverbindlich einstuft. Auch *Beyerlin*, Neue rechtliche Entwicklungen, S. 120, beschränkt seine Untersuchung auf rechtsverbindliche Formen der Zusammenarbeit und läßt die rechtlich unverbindlichen Formen außer Betracht, »so sehr sie auch praktisch bedeutsam sein mögen«.

⁷ Im allgemeinen kennzeichnet der Begriff der Verrechtlichung nicht die Zunahme individualvertraglicher, sondern staatlicher Rechtsnormen. Vgl. etwa *Hanau*, in: FS Erwin Deutsch, S. 959–966; *H.-D. Weiß*, DÖV 1978, S. 601–608. Im Bereich der Völkerrechtsordnung schwimmt diese Differenzierung jedoch. Vgl. *W. Lang*, ArchVR 1984, S. 283–305.

in steigender Zahl Vereinbarungen getroffen, die sich nicht mit politischen Absichtserklärungen begnügen, sondern rechtliche Verbindlichkeit beanspruchen. Dies entspricht der Einsicht, daß die wachsende Intensität der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, wie sie durch den Abbau der Grenzwirkungen im Westen und die Öffnung der Grenzen nach Osten möglich geworden ist und wie sie in der Übertragung von Hoheitsrechten ihren Höhepunkt findet, ohne die Option einer Vertragsbindung nicht auskommt.

Die in jüngerer Zeit geschlossenen völkerrechtlichen Dachverträge über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften⁸ haben zwar für die betroffenen subnationalen Körperschaften eine vordergründige Rechtssicherheit geschaffen. Der Bedarf an rechtswissenschaftlicher Erforschung des grenzüberschreitenden Vertragsschlusses hat sich damit jedoch nicht erledigt. Im Gegenteil: Ein zutreffendes Verständnis der dachvertraglich gesteuerten Normierung des grenzüberschreitenden Vertragsschlusses ist ohne eine Besinnung auf die rechtlichen Grundlagen des grenzüberschreitenden Vertragsschlusses nicht möglich. Dagegen verblissen die vielfältigen rechtlichen Detailprobleme der erwähnten Dachverträge, die erst allmählich in der praktischen Anwendung zu Tage treten.⁹ Sie zu erkennen und zu lösen, ist eine Aufgabe, die nicht aus wissenschaftlicher Perspektive allein, sondern nur in engem Zusammenwirken mit der Verwaltungspraxis gelöst werden kann.

Eine der Grundlagenforschung verpflichtete Untersuchung des Rechts der grenzüberschreitenden Verträge erfordert zunächst die Beschreibung und Darstellung desjenigen Kooperationstypus, als dessen Ausschnitt die grenzüberschreitenden Verträge erscheinen: der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Teil 1 dieser Arbeit ist folglich den Grundlagen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit – dem Begriff, den Trägern und der Praxis – gewidmet. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird als spezifischer Kooperationstypus definiert und anderen Kooperationsformen vergleichsweise gegenübergestellt. Bund, Länder und Gemeinden werden im Hinblick auf ihre Eigenschaft als Träger der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit einer genaueren Betrachtung unterzogen. Schließlich wird die Praxis der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in einer thematisch geordneten Bestandsaufnahme dargestellt.

Eine allgemeine Annäherung an das Recht der grenzüberschreitenden Verträge, dem eigentlichen rechtlichen Gegenstand dieser Untersuchung, erfolgt in Teil 2, in dem zunächst die für alle grenzüberschreitenden Verträge geltenden rechtstheoretischen Grundlagen entwickelt und anschließend diejenigen Rechts-

⁸ Vgl. unten, 1. Teil, Abschnitt C. III. 1., 2.

⁹ Vgl. *Eisenhammer*, Gemeinde und Stadt 1996, S. 177 (182): »Erst die Praxis wird zeigen, wie der eine oder der andere Artikel auszulegen ist. Es wird sicherlich schwierig sein, schon heute genau zu sagen, was jede Vorschrift bedeutet. Deshalb sollte die kommunale Ebene gemeinsame Schritte mit dem Partner auch dann wagen, wenn keine volle Klarheit über den Inhalt einzelner Bestimmungen vorliegt«.

ordnungen bestimmt werden, die als Grundlage einer Vertragsbindung von Bund, Ländern und Gemeinden in Betracht zu ziehen sind: die Völkerrechtsordnung, die Gemeinschaftsrechtsordnung und die nationalen Rechtsordnungen.

In den drei folgenden Teilen (Teile 3 bis 5), die den Kern der Arbeit bilden, wird das Recht der grenzüberschreitenden Verträge im Hinblick auf die Besonderheiten der genannten Rechtsordnungen jeweils getrennt untersucht. Der Vertrag wird als ein Instrument begriffen, mit dessen Hilfe Bund, Länder und Gemeinden ihre grenzüberschreitende Zusammenarbeit rechtsverbindlich gestalten können. Im Mittelpunkt steht daher die Frage, ob und wie weit die genannten Körperschaften den Vertrag für die Zwecke der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit einsetzen können.

Dafür ist es zunächst erforderlich, die Existenz des Vertragsinstruments an sich in den einzelnen Rechtsordnungen nachzuweisen, eine Aufgabe, die nicht für alle erwähnten Rechtsordnungen denselben Begründungsaufwand erfordert. Kann diese erste Hürde überwunden werden, so stellt sich als nächstes – nun auf Bund, Länder und Gemeinden bezogen – die Frage nach deren Vertragsfähigkeit, d.h. nach dem Bestehen und ggf. nach dem Umfang ihrer von der jeweiligen Rechtsordnung verliehenen Macht, durch korrespondierende Willensäußerungen rechtlich sanktionierte Verbindlichkeit zu erzeugen.

Mit der Feststellung der Vertragsfähigkeit ist jedoch nur eine notwendige, nicht bereits auch eine hinreichende Bedingung für einen rechtsbeständigen Vertragsschluß erfüllt. Die Vertragsfähigkeit kann nämlich hinter der Befugnis, das Vertragsinstrument auch einzusetzen, d.h. hinter der verliehenen Kompetenz, zurückbleiben. Rechtliches Können und rechtliches Dürfen mögen zwar kongruent sein können, müssen es jedoch nicht.

Mit diesen grundlegenden Fragen verbinden sich jeweils eine Reihe von rechtlichen Aspekten, die für die einzelnen Rechtsordnungen spezifisch sind. Die Erörterung des völkerrechtlichen Vertrags als Instrument der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, dem Teil 3 der Arbeit gewidmet ist, führt neben dem klassischen Problem seines Verhältnisses zum nationalen Recht und der allgemeinen Kompetenzproblematik auch zu der umstrittenen Frage, welcher der deutschen Träger der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit für den Abschluß von völkerrechtlichen Verträgen zuständig ist, die die grenzüberschreitende Zusammenarbeit subnationaler Körperschaften normieren, sog. Dachverträge. Dabei stellt sich insbesondere das bisher noch zu wenig beachtete Problem der sog. doppelten Vertragspartnerschaft, d.h. der gleichzeitigen Beteiligung von Bund und Ländern am Vertragsschluß, das zwar in der deutschen Staatspraxis nur eine untergeordnete Rolle spielt, das jedoch stets virulent werden kann und daher eine grundsätzliche Klärung erfordert.

Neben der Abschlußbefugnis bedarf auch die Befugnis zur Durchführung völkerrechtlicher Verträge im Hinblick auf den in dieser Untersuchung behandelten Kooperationsstyp besonderer Vertiefung, nämlich soweit sich Durchführungs-

maßnahmen nicht auf den innerstaatlichen Bereich beschränken, sondern ihrerseits im Wege der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit erfolgen.

Die Untersuchung des gemeinschaftsrechtlichen Vertrages als Instrument der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Teil 4 der Arbeit bewegt sich auf einem anderen Niveau. Hier ist schon die Existenz des Vertragsinstruments an sich fraglich. Die Prüfung dieser auch in der europarechtlichen Literatur weithin vernachlässigten Frage fördert einen Befund zutage, der beispielhaft zeigt, in welchem hohem Maße die Gemeinschaftsrechtsordnung tatsächlich noch auf die nationalen Rechtsordnungen angewiesen ist.

Der nationalrechtliche Vertrag als Instrument der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, der in Teil 5 behandelt wird, wirft verglichen mit dem völkerrechtlichen und dem gemeinschaftsrechtlichen Vertrag besondere Probleme auf, weil ihm der rechtliche Brückenschlag zwischen Vertragspartnern gelingen muß, die verschiedenen Rechtsordnungen angehören. Wie dieser Brückenschlag konstruiert werden kann, ist bis heute sowohl im Grundsätzlichen wie auch in den Einzelheiten umstritten. Mit dieser Frage beschäftigt sich die Lehre vom internationalen Vertragsrecht, d. h. die Lehre vom Kollisionsrecht der internationalen Verträge, welche traditionell als spezieller Teil des internationalen Privatrechts begriffen wird, jedoch zunehmend auch als Gegenstand des internationalen Verwaltungsrechts Anerkennung findet.

Vor diesem Hintergrund ist es zunächst unentbehrlich, eine schlüssige Konstruktion des internationalen Vertragsrechts zu entwickeln, auf deren Grundlage dann die bereits angesprochenen Fragen der Vertragsfähigkeit und der Kompetenz zum Vertragsschluß für Bund, Länder und Gemeinden geklärt werden können. Diese Untersuchung ermöglicht es schließlich auch, die genaue rechtliche Funktion der erwähnten völkerrechtlichen Dachverträge, ihre rechtliche »Daseinsberechtigung«, zu ermessen und manches Mißverständnis auszuräumen.

Der abschließende Teil 6 gilt nicht mehr dem Vertragsinstrument als solchem, sondern derjenigen vertraglichen Gestaltungsmöglichkeit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, die zu Recht als die intensivste bezeichnet wird: der Übertragung von Hoheitsrechten. Bis vor wenigen Jahren erfolgte die Übertragung von Hoheitsrechten nur auf der Grundlage von Art. 24 Abs. 1 GG. Durch die Einfügung eines Absatzes 1 a in Art. 24 GG¹⁰ ist die Übertragung von Hoheitsrechten zu einem spezifischen Gestaltungsmittel für die subnationale grenzüberschreitende Zusammenarbeit ausgebaut worden. Nach dieser Bestimmung können die Länder mit Zustimmung der Bundesregierung Hoheitsrechte auf grenznachbarschaftliche Einrichtungen übertragen, soweit sie für die Ausübung der staatlichen Befugnisse und die Erfüllung der staatlichen Aufgaben zuständig sind.

¹⁰ Eingefügt durch Gesetz vom 21. 12. 1992, BGBl. 1992 I 2086.

Nicht nur die konkrete Reichweite dieser Bestimmung, auch die allgemeinen verfassungsrechtlichen Bedingungen einer Übertragung von Hoheitsrechten sind bislang in ihrer Bedeutung für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit nur unzureichend behandelt worden. So grundsätzliche und umstrittene Fragen wie die Deutung des Übertragungsvorgangs, die Konkretisierung des Übertragungsgegenstandes, die Bestimmung der Adressaten der Hoheitsrechtsübertragung und die innerstaatliche Kompetenzverteilung für die Übertragung von Hoheitsrechten bedürfen nach wie vor der Klärung. Um diese Fragen geht im abschließenden Teil dieser Untersuchung.

1. Teil:

Grundlagen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

A. Der Begriff der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist »in aller Munde«,¹ ist zu einem Schlagwort geworden.² Dennoch ist das Bewußtsein für den spezifischen Charakter der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, der diese Erscheinungsform von anderen aus dem staatlichen Binnenbereich heraustretenden Formen der Zusammenarbeit unterscheidet, allgemein noch wenig ausgeprägt. Dies mag damit zusammenhängen, daß sich in der Praxis der Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern die grenzüberschreitende Zusammenarbeit nicht als ein klar erkennbarer und abgrenzbarer homogener Bereich darstellt. Die vielgestaltige Praxis will nicht wissenschaftlichen Kategorien, sondern sachlichen Anforderungen genügen. Die Bildung von Kategorien erfordert aber die Abstrahierung vom Einzelfall und damit idealisierende Typisierung.

In dieser Arbeit wird grenzüberschreitende Zusammenarbeit als ein besonderer Typus der Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern definiert. Die spezifischen Merkmale der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit werden im einzelnen im nachfolgenden Abschnitt I. beschrieben, erst abstrakt, dann konkreter. Im anschließenden Abschnitt II. werden die wichtigsten anderen Kooperationsformen zum Vergleich herangezogen, um den spezifischen Charakter der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu verdeutlichen.

I. Die spezifischen Merkmale der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

1. Übersicht

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Sinne der vorliegenden Untersuchung setzt zunächst die Existenz einer Grenze sowie bestimmte – als »Zusammenarbeit« zu bezeichnende – Verbindungen zwischen Partnern auf beiden Seiten der Grenze voraus. Grenzen als Schöpfungen des Rechts³ weisen räumliche

¹ Vgl. bereits AGEG, Information 1/87, S. 1.

² So Wachowiak, RuR 1994, S. 397.

³ Nur um solche Grenzen geht es hier, nicht um (rein) physische oder gar metaphysische Grenzen.

Zuständigkeitsbereiche zu.⁴ Sie bestehen im innerstaatlichen Bereich in Form von Gebietsgrenzen (zwischen Ländern und zwischen kommunalen Gebietskörperschaften) oder Verwaltungsgrenzen (zwischen den Zuständigkeitsbereichen von Behörden und Trägern funktionaler Selbstverwaltung) und im internationalen Bereich in Form von Staatsgrenzen oder Grenzen internationaler Organisationen.⁵

Grenze im Sinne dieser Untersuchung ist die Staatsgrenze der Bundesrepublik Deutschland.⁶ Diese Grenze ist in ihrem – nicht stets zweifelsfreien⁷ – Verlauf identisch mit den Außengrenzen von zehn deutschen Ländern⁸ und von den im Grenzbereich gelegenen Gebietskörperschaften⁹ sowie – im Verhältnis zu Polen, zur Tschechischen Republik und zur Schweiz – mit der Grenze der Europäischen Gemeinschaften.¹⁰ Diese Identität bezieht sich indessen nur auf den geographischen Verlauf, nicht jedoch auf das rechtliche Regime, an dem die grenzüberschreitende Zusammenarbeit gemessen werden kann. Aus rechtlicher Sicht handelt es sich um unterschiedliche, sich gewissermaßen räumlich addierende¹¹ Grenzen.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit, wie sie in dieser Arbeit verstanden wird, stellt nur einen Ausschnitt all derjenigen Formen der Zusammenarbeit dar, die mit ausländischen Partnern erfolgen. Das Moment der »Grenzüberschreitung« erschöpft sich daher nicht in der verschiedenstaatlichen Herkunft der Partner der Zusammenarbeit, bedarf vielmehr einer weitergehenden Qualifizierung, die es gestattet, grenzüberschreitende Zusammenarbeit von anderen Formen der

⁴ So *Vitzthum*, in: HStR I, § 16 Rn. 8, im Hinblick auf die Staatsgrenze.

⁵ Vgl. z. B. Art. 299 EGV (ex-Art. 227 EGV), der den Geltungsbereich des EG-Vertrages und damit den räumlichen Zuständigkeitsbereich der Gemeinschaft festlegt.

⁶ Nicht geteilt werden kann die Auffassung von *Rausser*, Übertragung von Hoheitsrechten, S. 153, schon das Wort »grenzüberschreitend« weise darauf hin, daß nicht Gliedstaatsgrenzen und andere Regionalgrenzen gemeint seien, sondern die Bundesstaatsgrenze.

⁷ Zum Grenzverlauf im Bodensee vgl. etwa *Schweiger*, BayVbl. 1995, S. 65ff.; *Simma / Khan*, Austrian J. Publ. Intl. Law 45 (1993), S. 211ff.; zur deutsch-polnischen Grenze vgl. *Frowein*, Grenzen im Völkerrecht, S. 88, sowie *Kimminich*, ZfP 1991, S. 361 (364–380); zum Grenzverlauf in der Emsmündung vgl. *Nolte*, in: Bernhardt, EPIL, Vol. 2, S. 787ff.; zusammenfassend zu den – teils noch aktuellen, teils überholten – Grenzproblemen *Frowein*, EA 1979, S. 591ff.

⁸ Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Bayern, Sachsen, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern. Vgl. *Vitzthum*, in: HStR I, § 16 Rn. 32: »Es gibt weder bundesfreies Landesgebiet noch landesfreies Bundesgebiet.«

⁹ Die sog. gemeindefreien Gebiete, die in den Ländern in geringer Zahl anzutreffen sind, sind keine unmittelbaren und ausschließlichen Landesgebiete, sondern Teile des Kreisgebietes. Vgl. z. B. für Niedersachsen *Ihnen / Weißhaar*, Kommunalrecht Niedersachsen, S. 51.

¹⁰ Vgl. Art. 299 EGV (ex-Art. 227 EGV). Die »Europäischen Union« verfügt nach zutreffender Ansicht mangels Rechtsfähigkeit nicht über eigene Außengrenzen. Zu der umstrittenen Frage der Rechtsfähigkeit der Europäischen Union vgl. etwa *Koenig*, EuR 1998, Beiheft 2, S. 139–150; *von Bogdandy*, EuR 1998, Beiheft 2, S. 165–183; *Wichard*, EuR 1999, S. 170–184.

¹¹ *U. Roth*, Grenzregionsprobleme, S. 4, verwendet hierfür den einprägsamen Begriff »Summengrenze«.

Zusammenarbeit, an denen Bund, Länder und Gemeinden beteiligt sind, abzugrenzen.

Seine spezifische Bedeutung erfährt das Moment der »Grenzüberschreitung« aus einem gegenständlichen, konkreten Verständnis des Begriffs. Unter dem Begriff »grenzüberschreitende Zusammenarbeit« werden hier nur solche Kooperationsformen verstanden, die einen – noch näher zu bestimmenden – *räumlichen Bezug* zur trennenden Staatsgrenze aufweisen.¹² Dadurch unterscheiden sie sich von solchen Formen der Zusammenarbeit, bei denen die Existenz der Staatsgrenze keine Rolle spielt.

Es ist deshalb zu klären, welche Formen der Zusammenarbeit den erforderlichen räumlichen Bezug zur Staatsgrenze aufweisen. Dieser Bezug resultiert aus den räumlichen Wirkungen von Staatsgrenzen. Staatsgrenzen sind imaginäre, vertikal im Raum stehende Flächen,¹³ die auf der Erdoberfläche eine fiktive Linie bilden.¹⁴ Sie definieren den Umfang staatlicher Hoheitsgebiete¹⁵ und damit den Geltungsbereich staatlicher Rechtsordnungen.¹⁶

Staatsgrenzen »sind« somit keine räumlich spürbaren Phänomene,¹⁷ wirken sich aber räumlich aus,¹⁸ unmittelbar spürbar z.B. durch Grenzsicherungs- und Grenzkontrollanlagen, mittelbar spürbar dadurch, daß sie den Beginn einer fremden Rechts-, Wirtschafts- und Sozialordnung markieren.¹⁹ Die Intensität dieser räumlichen Wirkungen von Staatsgrenzen hängt im Einzelfall vom Umfang der Maßnahmen ab, die zur Grenzsicherung und -kontrolle ergriffen werden, sowie von dem Grad, in dem die benachbarten Rechtsordnungen voneinander abweichen. Stets ist es aber gerechtfertigt, den Staatsgrenzen eine – mehr oder weniger

¹² Ähnlich *Kwilecki*, Die polnisch-deutsche Grenzregion, S. 129, der eine Grenzregion als ein Gebiet versteht, »das von der Grenznähe beeinflusst wird«.

¹³ *Fiedler*, Die Grenze als Rechtsproblem, S. 23. Vgl. auch etwa Art. 3 S. 1 des deutsch-tschechischen Vertrages vom 3. 11. 1994 über die gemeinsame Staatsgrenze, BGBl. 1997 II 567: »Durch die Staatsgrenze werden die Hoheitsgebiete der beiden Vertragsstaaten sowohl auf der Erdoberfläche als auch in lotgerechter Richtung im Luftraum und unter der Erdoberfläche voneinander abgegrenzt«.

¹⁴ *Bothe*, in: Bernhardt, EPIL, Vol. 1, S. 443 (444).

¹⁵ Nach *Rosin*, Das Recht der Oeffentlichen Genossenschaft, S. 44, deutet das Wort »Gebiet« hin »auf das ›Gebieten«, Herrschen, welches einer Persönlichkeit, speciell einem Gemeinwesen, innerhalb eines bestimmten Theiles der Erdoberfläche zukommt«.

¹⁶ Vgl. nur *Gloria*, in: K. Ipsen, Völkerrecht, S. 271.

¹⁷ Eine Grenzmauer etwa »ist« nicht die Grenze, sondern sichert diese, eine Grenzmarkierung »ist« nicht die Grenze, sondern macht diese sichtbar.

¹⁸ Vgl. nur *von Malchus*, Einführung, S. 66.

¹⁹ Dieser Aspekt wird in Art. 1 Abs. 2 des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 17. 6. 1991, BGBl. 1991 II 1315, hervorgehoben. Danach geht es den Vertragsparteien u.a. um die Schaffung eines Europas, in dem »die Grenzen ihren trennenden Charakter auch dadurch verlieren, daß *wirtschaftliche und soziale Unterschiede* überwunden werden« (Hervorhebung hinzugefügt).

starke – »trennende Wirkung«²⁰ zuzuschreiben. In der Literatur wird zuweilen plastisch davon gesprochen, eine Staatsgrenze »zerschneide« homogene Räume.²¹ Dadurch kann der räumliche Aktionsradius innerstaatlicher Akteure eingeschränkt werden.

Die Trennwirkung von Grenzen wird bei einer nach außen gewandten, »grenzüberschreitenden« Perspektive erkennbar. Eine nach innen gewandte Sichtweise macht des weiteren deutlich, daß durch Grenzen periphere Lagen geschaffen werden, die häufig wirtschaftliche, kulturelle, ökologische oder auch demographische Nachteile mit sich bringen.²²

Allgemein kennzeichnend für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist mithin die Bedeutung der beschriebenen räumlichen Wirkungen von Staatsgrenzen. Dies setzt voraus, daß die Partner der Zusammenarbeit in einer räumlichen Beziehung zueinander stehen, in der die Wirkung der Staatsgrenze überhaupt von Bedeutung sein kann. Die Zusammenarbeit mit einem Partner jenseits der Grenze muß gerade auch wegen dieser räumlichen Beziehung beider Akteure zueinander erfolgen. Folge oder Ziel der Zusammenarbeit ist die Überwindung der räumlichen Grenzwirkungen.²³

Aus dem Begriff der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ausgeschlossen sind nach allem zunächst solche Formen der Zusammenarbeit, für die, obwohl sie mit unmittelbar angrenzenden oder doch benachbarten ausländischen Partnern erfolgen, die Existenz von Staatsgrenzen in ihrer räumlich spürbaren Wirkung *irrelevant* ist. In diesem Fall kann von »grenzneutraler« Zusammenarbeit gesprochen werden. Es handelt sich um Formen der Zusammenarbeit, deren Auslandsbezug sich in der verschiedenstaatlichen Herkunft der Partner erschöpft.

²⁰ So z.B. der Antrag des Landes Rheinland-Pfalz für eine Entschließung des Bundesrates zur Vorbereitung eines »Entwicklungskonzeptes für innergemeinschaftliche Grenzzräume«, BR-Drs. 218/91, Anlage, S. 2.

²¹ Vgl. z.B. *Hrbek / Weyand*, Europa der Regionen, S. 44; *von Malchus*, Benachteiligungen, S. 31; für Grenzen zwischen den Bundesländern etwa *Damkowski*, NVwZ 1988, S. 297.

²² Auf die nachteiligen Auswirkungen von Grenzen ist oft hingewiesen worden. Vgl. z.B. *Esterbauer*, Formen und Methoden, S. 8: »Ohne nationale Grenzen hätten diese Gebiete keine Randlage, ja oft sogar eine sehr zentrale Lage, und daher eine viel günstigere Entwicklung aufzuweisen«. Siehe auch *Hrbek / Weyand*, Europa der Regionen, S. 44, die die wirtschaftlichen Probleme der Grenzgebiete insbesondere darauf zurückführen, daß sich diese Gebiete »durch die Randlage gegenüber den z.T. weit entfernten nationalen Zentren benachteiligt sahen«. Vgl. ferner *Lauffer / Münch*, Das föderative System, S. 213. Heute wird aber zunehmend auch darauf hingewiesen, daß die Grenzgebiete eine »figure paradoxale« aufweisen. Sie befänden sich häufig nicht nur in einer wirtschaftlichen und politischen Randlage, sondern seien – dennoch oder gerade deswegen – »des lieux d'innovation par expérimentation de formes inédites de coopération«, wie *Palard*, Avant-propos, S. 10, formuliert. Die Grenze sei »ligne de séparation et zone de contact, barrière et lisière, coupure et couture« (Hervorhebungen im Original). Daß Grenzgebiete nicht schlechthin zu »Problemgebieten« gemacht werden dürfen, betont auch *W. Knapp*, RuR 1993, S. 18 (23).

²³ Zu diesen beiden Ausprägungen näher im folgenden, Abschnitt 2. b) aa).

Sach- und Ortsverzeichnis

- a maiore ad minus-Schluss 252
- Aachen 68, 95, 99
- Aachen-Heerlen, grenzüberschreitendes Gewerbegebiet 84
- Aachen-Monschau, grenzüberschreitende Straße 67
- Aargau (CH) 45, 79, 82, 109, 228
- Abschaffung von Personenkontrollen 20
- Abschluss eines völkerrechtlichen Vertrages, Begriff 196
- Abschluss und Umsetzung völkerrechtlicher Verträge
 - betr. grenzüberschreitende Zusammenarbeit v. Gebietskörperschaften 225ff.
 - grundgesetzliche Kompetenzverteilung 194ff., 197ff., 288
 - Unterscheidung 196f.
- Abstraktionsprinzip, sachenrechtliches 115
- Abtretung, Deutung des Übertragungsvorgangs i.S.v. Art. 23, 24 GG als 423ff., 449
- Abwasserreinigung, grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich der 91f.
- Abwasserverband »Unterer Reiat« 91, 325
- Abwasserverband Bibertal 91
- Abwasserverband Hegau-Süd 91
- Abwasserverband Saar 92, 325
- accords, Begriff 148
- Achterhoek, Regio (NL) 95
- acta iure imperii – acta iure gestionis 149
- Adoptionslehre 161
- Ahaus 94
- Allgemeinbildung, grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich der 86
- Allgemeine Rechtsgrundsätze 139
 - als wählbare Rechtsordnung 299
 - im Bereich des EG-Dienstrechts 302
 - Völkerrechtsquelle 176
- Allgemeine Regeln des Völkerrechts 164, 174
- Allzuständigkeit, subsidiäre 50f., 60, 112, 447
- Alpen
 - als grenzüberschreitende Aufgabe 13
 - Übereinkommen zum Schutz der 13
- Alpweidewiehverkehr, Übereinkommen über den 241
- Amsterdamer Vertrag 69, 290, 303, 308, 318, 319, 320, 436
- Amtsblatt der EG, Veröffentlichung von Beschlüssen der Regierungsvertreter 295
- Anerkennung (im Völkerrecht)
 - absolute / relative Wirkung 182ff.
 - deklaratorische / konstitutive Wirkung 182ff.
 - völkerrechtliche Handlung 184
 - Voraussetzung völkerrechtlicher Vertragsfähigkeit 182ff., 288
- Anerkennung ausländischer Verwaltungsakte 350, 412
- Anerkennung fremder Hoheitsakte, Folge der »Übertragung« (Art. 23, 24 GG) 431
- Anerkennung fremder Vertragsfähigkeit, Konstruktion 408ff., 417f.
- Angelegenheiten der Europäischen Union 205
- Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft 399ff.
- Anholter Abkommen 84, 94, 103, 106, 107f., 225ff., 229, 232, 238, 239f., 241ff., 403, 452, 453
 - Begründung 254, 403
 - doppelte Vertragspartnerschaft 241ff., 288
 - Entstehungsgeschichte 227
 - geographische Reichweite 328
 - Kündigungsregelung 253ff.
- Anknüpfung
 - objektive 334, 349, 359, 362
 - sinnvolle (als völkerrechtliches Erfordernis) 365
- Anknüpfungsverlegenheit 127
- Annexkompetenz 393
- Annexregelung, Begriff im Rahmen von Art. 84 und 85 GG 236

- Anregende Tätigkeiten und Kompetenzordnung 430
- Ansprechbarkeit von Gemeinden für den Bund 235, 236
- Anwendbarkeit (von Recht), Abgrenzung zur Geltung 333, 351, 357f.
- Anwendung
- ausländischen öffentlichen Rechts 412f., 415, 418, 454
 - ausländischen Privatrechts aufgrund Kollisionsrechts 163
 - ausländischen Rechts »gegen seinen Willen« 352, 417
 - von Völkerrecht im Rahmen der Vollzugslehre 161ff.
- Anwendungsbefugnis, Begriff 219
- Anwendungsbereich einer Norm, räumlich-persönlicher 342ff., 364, 371
- Anwendungsvorrang des EG-Rechts 174
- Appenzell-Außerrhoden, Kanton (CH) 97
- Appenzell-Innerrhoden, Kanton (CH) 97
- Apriorischer Kollisionsgrundsatz, Territorialitätsprinzip als 364
- Apriorität
- der Unterscheidung öffentliches Recht – Privatrecht 369
 - des Vertragsbegriffs 118, 119, 122, 124, 130, 142, 143
- Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria 43
- Arbeitsgemeinschaft Alpenländer 13
- Arbeitsgemeinschaft der bayerischen und tschechischen Städte und Gemeinden ... 100
- Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern Saar-Lor-Lux 49
- Arbeitsgemeinschaft Eifel/Ardennen 100
- Arbeitsmarktpolitik, EU-weite 22
- Arbeitsverwaltungen, Träger grenzüberschreitender Zusammenarbeit 49
- ARGE ALP *siehe* Arbeitsgemeinschaft Alpenländer
- Atomgesetz 342
- Auffächerung des Außenprofils, Begriff 259, 265, 395
- Aufgaben
- Begriff 13
 - der Gemeinden 14
 - gemeinsame 13
- Aufgeteilte Partnerschaft, Begriff 245
- Auflösungskündigung, Begriff im Anholter Abkommen 254
- Auftragsverwaltung gemäß Art. 85 GG, Begriff 239
- Ausbau einseitiger Kollisionsnormen (zu zwei- / allseitigen) 349, 413
- Ausführung von Bundesrecht durch die Länder 234ff.
- Ausführungsgesetzgebung 197, 219
- Ausländisches Recht als »Faktum« 351
- Auslandsbezug der IPR 344f.
- Auslieferung, Konstruktion als völkerrechtlicher Vertrag 262f.
- Auslieferungsbewilligung, einseitiger völkerrechtlicher Rechtsakt 262
- Auslieferungsverkehr 261ff.
- Ausschließliche Gesetzgebungskompetenz
- der Länder 221, 230, 245, 288, 452
 - des Bundes 215, 230, 232
- Ausschließlichkeitsanspruch deutscher Staatsgewalt 422ff.
- Rücknahme 423ff., 427, 431f., 434, 449
- Ausschuss der Regionen 59, 309
- Außengrenzen der Europäischen Union 8
- Austrittskündigung, Begriff im Anholter Abkommen 254
- Auswärtige Angelegenheiten, Begriff i.S.v. Art. 73 Nr.1 GG 222, 230f.
- Auswärtige Gewalt
- Begriff 198, 202, 209, 258, 289, 324, 393
 - Kompetenzzuweisung auf Verfassungsebene (»Evidenzgebot«) 181f.
 - und »kommunale Außenpolitik« 402
 - und nationalrechtliche Verträge, Verhältnis 393ff.
- Auswärtige Staaten, Begriff i.S.v. Art. 32 GG 198f., 394
- Auswärtiges Amt 227
- authority, Begriff 178
- Autonomes Regime, Erfordernis bei der Übertragung von Hoheitsrechten 435, 441ff.
- Axiom 119, 120, 122, 123, 136, 345
- Bad Bergzabern 95
- Bad Säckingen 85, 228
- Baden-Württemberg 8, 44, 67, 68, 71, 74, 75, 79, 82, 87f., 91, 96, 97, 226, 241, 249, 252, 273, 274, 276, 277, 284, 306, 325f., 328f.
- Basel-Landschaft (CH) 45, 96, 109, 228
- Basel-Stadt (CH) 45, 67, 96, 109, 228, 325
- Bas-Rhin, Département (F) 101, 241
- Bauleitplanung im Grenzgebiet, Empfehlungen 77

- Bauleitplanung, Abstimmung im Grenzgebiet 24
 Bayerisch Eisenstein, Landschaftsplan 77
 Bayerisch Gmain 92
 Bayern 8, 73, 75, 93, 97, 241, 273, 284
 Bayonne, Abkommen von 106
 Beamtenstatut der Europäischen Gemeinschaften 302
 Befugnis *siehe auch* Kompetenz 379f.
 Beihilfenaufsicht der EU-Kommission 293
 Belgien 80, 328
 – staatsrechtliche Lage 108
 Belgisch-Luxemburg (B) 42
 Bellingwedde 86, 87
 Benelux-Übereinkommen 106
 Benken (CH) 82
 Berlin 274
 Berliner Lösung (betr. Vertragsgewalt) 215
 Beschäftigungsbedingungen der EG-Bediensteten 302
 Beschränkt völkerrechtliche Verträge 340
 Beteiligungsfähigkeit 414
 Bewirtschaftung grenzüberschreitender Gewässer 73ff.
 Beziehungen zu auswärtigen Staaten, Begriff
 iSv Art. 32 GG 260ff., 270, 393
 Bezirksregierungen 61
 BGB 342f., 383, 387, 390, 425
 Bibern (CH) 325
 Biesheim (F) 86f.
 Bildungswesen, grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich des 86f.
 Biosphärenreservat, grenzüberschreitendes 81
 Bitche (F) 84, 94, 100
 Blies 67, 326
 Bocholt 280
 Bodensee 8, 74, 75, 86, 97
 – Grenzverlauf 8
 Borken, Kreis 95
 Brandenburg 8, 98, 274
 Braunau (Ö) 68
 Breisach 85, 86f., 89
 Bremen 41, 449
 Brücken, grenzüberschreitende 66ff.
 Bund
 – als Träger grenzüberschreitender Zusammenarbeit 52ff., 95ff.
 – außenwirksames Handeln 53ff.
 – Begriff 52ff.
 – Doppelfunktion 56, 57
 – Mitgliedschaft in internationalen Organisationen 55
 – und »Bundesrepublik Deutschland« 52ff., 179, 374
 Bunde 89, 95
 Bündelungsfunktion staatlicher Mittelbehörden 61
 Bundesanstalt für Arbeit 49
 Bundesbank 429
 Bundesgesetzblatt 225
 Bundesingerenzverwaltung, Begriff 251
 Bundespräsident 265
 Bundesrat
 – deutscher 205, 239
 – schweizerischer 109, 228
 Bundesrecht, Ausführung durch die Länder 234ff.
 Bundesstaat (Gesamtstaat) 55
 – Verteilung von Aufgaben und Befugnissen im 391
 Bundesstaatsklausel 224, 244
 Bundesstaatsprinzip 253
 Bundesstaatstheorie 135
 Bundesstraßenverwaltung 44
 Bundestreue 224, 285
 Bundesverwaltung, Gebot der Eigenständigkeit 246
 Burghausen 83
 Campingplatz, Mitbenutzung durch Nachbargemeinde 89
 capacity, Begriff 178
 Charta universitärer Zusammenarbeit Luxemburg Lothringen-Saar 49
 Clerf (L) 100
 Code général des collectivités territoriales (F) 421
 Colmar (F) 86
 Conférence tripartite 45, 276
 conferre, Deutung des Übertragungsvorgangs i.S.v. Art. 23, 24 GG als 424
 contract, Begriff 148, 296
 contrat, Begriff 148, 296
 contratto, Begriff 296
 convention administrative 280
 cooperation transfrontalière 30, 31
 cross-border co-operation 30
 culpa in contrahendo 387
 C-Waffen-Entscheidung des BVerfG 430
 Dachverträge, völkerrechtliche 3, 4, 94, 113, 192, 214, 328, 414f.
 – Bedeutung für subnationale grenzüberschreitende Zusammenarbeit 418, 452, 453

- Ursache rechtlicher Verbindlichkeit subnationaler Verträge 146
- Ursache völkerrechtlicher Vertragsfähigkeit 211, 287f.
- DAG 269
- Dalhunden (F) 99
- Dänemark 76, 100, 449
- Daseinsvorsorge, grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich 88ff.
- Dauer und Festigkeit, Kriterium für die Übertragung von Hoheitsrechten 432f.
- dédoublement fonctionnel 172
- Dekonzentrierte Verwaltungskörper 61
- Delegation von Kompetenzen, Begriff 210
- Delegation, nationale / regionale (in Kommissionen) 273, 275, 277f.
- Delegationszusammenhang zwischen Rechtsordnungen 120f.
- Deliktsfähigkeit und ultra-vires-Lehre 387
- DEULUX 84
- Deutsches Reich, Verfassung vom 16. April 1871 391
- Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens 86, 108, 225, 256
- Dezentralisation 63
- Dienstrecht der Europäischen Gemeinschaften 300f., 302
- Dinxperlo (NL) 280
- Diskussionsforum Grenzregion Kreis Nord- und Südtondern 100
- Dispositivnormen, Begriff 379
- Divergenz von Abschluss- und Umsetzungs-befugnis 216
- Domazlice (CZ) 94
- Donaukraftwerk-Jochenstein-AG, Abkommen über die 241
- Doppelbesteuerungsabkommen 26
 - deutsch-schweizerisches 26
- Doppelte Vertragspartnerschaft 4, 107, 212, 225, 227, 229, 241ff.
 - echte / unechte, Unterscheidung 243ff., 288
 - eigentliche, Begriff 244
 - praktische Einwände 253f.
 - verfassungsrechtliche Beurteilung 243ff., 288, 452
- Doppelzuständigkeit, Verbot 246ff.
- Dörpen 85
- Drei-Elemente-Lehre 58, 176f.
- Dreigliedriger Bundesstaat 178
 - Deutschland 52ff.
 - Schweiz 57
- Dreiländereck 20
- Drenthe (NL) 41
- Dritte Rechtsordnungen 137ff., 143
- Dritter Rechtskreis (neben dem nationalen und dem Völkerrecht) 136
- droit international public, Begriff 149
- Drusenheim (F) 99
- Dualismus 155
- Dualistisches Denken in der Völkerrechtswissenschaft 134, 139
- Duldung fremder Hoheitsgewalt *siehe* Zulassung
- Durchführung völkerrechtlicher Verträge *siehe* Völkerrechtlicher Vertrag
- Durchgangsverkehr 67, 69
- Durchgriff des Völkerrechts auf Staatsorgane und Personen 154f.
- Durchgriff, Wirkung der Übertragung von Hoheitsrechten 427ff., 436, 449
- Durchgriffsnorm, Art. 28 Abs. 2 GG als 400
- Dürfen, rechtliches *siehe* Können
- Dynamische Verweisung 163
- Echt (NL) 90
- Echternach (L) 91
- EFRE-Verordnung 317
- EGBGB 332, 334, 342, 344f., 359, 363, 410, 414
- Eggenfelden 83
- EGKS-Vertrag, Befristung 433
- EGMR 165f., 439
- EG-Vertrag
 - Art. 5 Abs. 1 (ex-Art. 3 b Abs. 1) 292, 436
 - Art. 5 Abs. 2 (ex-Art. 3 b Abs. 2) 319
 - Art. 7 (ex-Art. 4) 294
 - Art. 20 (ex-Art. 8 c) 295
 - Art. 48 Abs. 2 (ex-Art. 58 Abs. 2) 305
 - Art. 65 Buchst. b) 303
 - Art. 88 Abs. 1 (ex-Art. 93 Abs. 1) 293
 - Art. 112 Abs. 2 (ex-Art. 109 a Abs. 2) 294
 - Art. 158 Abs. 2 (ex-Art. 130 a Abs. 2) 309
 - Art. 203 (ex-Art. 146) 58
 - Art. 214 Abs. 2 (ex-Art. 158 Abs. 2) 294
 - Art. 223 (ex-Art. 167) 294, 295
 - Art. 225 Abs. 3 (ex-Art. 168 a Abs. 3) 294
 - Art. 230 Abs. 1 (ex-Art. 173 Abs. 1) 295
 - Art. 238 (ex-Art. 181) 296ff.
 - Art. 247 Abs. 3 (ex-Art. 188 b Abs. 3) 294
 - Art. 249 Abs. 2 (ex-Art. 189 Abs. 2) 304
 - Art. 282 (ex-Art. 211) 297
 - Art. 288 Abs. 1 (ex-Art. 215 Abs. 1) 296ff.
 - Art. 289 (ex-Art. 216) 294, 295
 - Art. 263 – 265 (ex-Art. 198a – 198c) 59

- Art. 265 Abs. 1 (ex-Art. 198 c Abs. 1) 309
- Art. 293 (ex-Art. 220) 293ff., 322
- Art. 308 (ex-Art. 235) 310, 315, 319
- Art. 311 (ex-Art. 239) 309
- Titel IV 72
- Eigenstaatlichkeit *siehe* Staatlichkeit
- Eigentum öffentlich-rechtlicher Körperschaften, Schutz 382
- Eigenverantwortliche Aufgabenerfüllung, Grundsatz *siehe* Grundsatz
- Eigenverantwortlichkeit der Gemeinden i.S.v. Art. 28 Abs. 2 S. 1 GG 405, 406
- Einheit der Verwaltung 50
- Einheit des Rechtssystems 133
- Einheitsstaat 391
- Einigungsvertrag 16
- Einseitigkeit des öffentlichen Kollisionsrechts 366ff., 372f., 413, 417, 454
- Einzelstaat 56
- Eisport-Stadion Kreuzlingen-Konstanz 89f.
- EKS 90
- Elektrische Energie, Erzeugung an Grenzgewässern 75f.
- Elsaß (F) 68, 93, 96, 97
- EMRK 439
 - Art. 46 Abs. 1 n.F. 165
 - Art. 53 a.F. 165
 - Inkorporation in britisches Recht 152
 - Protokoll Nr. 11 165
 - Rang im nationalen Recht 173
- Ems-Dollart-Region 102
- Emsland 86
- Energie- und Wasserversorgung, grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei der 90f.
- Entgrenzung, Begriff 420
- Entscheidungseinklang, internationaler 337
- Entwicklungskonzept, grenzüberschreiten-des 83
- EQUAL, Gemeinschaftsinitiative 318
- Erbstatut 343
- erga omnes-Wirkung völkerrechtlicher Vertragsfähigkeit 194
- Erzieherinnen, grenzüberschreitender Austausch 88
- espace transfrontalier 30
- Espoo, Übereinkommen von 81
- ETI 86
- Euregio Egrensis 101
- Euregio Maas-Rhein 49, 102
- Euregio Rhein-Waal 83, 103, 107
- EuRegio SaarLorLuxRhein 102, 103
- EUREGIO 24, 102, 103, 419
- Euregios *siehe* Euro-Regionen
- Eurocontrol-Rechtsprechung des BVerfG 433, 447
- Eurode 103
- Eurodistrict Saarbrücken-Metz 100
- Eurogemeinde, Begriff 103
- Euro-Institut in Kehl 87, 306
- Europäische Aktiengesellschaft 307f.
 - Mitgliedschaft von Körperschaften des öffentlichen Rechts 308
- Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung 111
- Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen 28
 - Erläuternder Bericht 29
- Europäische Charta der regionalen Selbstverwaltung, Entwurf 30, 111
- Europäische Gegenseitigkeitsgesellschaft 307
- Europäische Gemeinschaften 8, 69
 - als Form regionaler Zusammenarbeit 22
 - Kompetenz 23
 - nicht-völkerrechtliche Verträge der 296ff.
 - Organe 21ff.
 - Rechts- und Geschäftsfähigkeit 297
- Europäische Genossenschaft 307
- Europäische Gesellschaftsformen 304ff.
- Europäische Kommission für Menschenrechte 165, 439
- Europäische Konföderation der Oberrheinischen Universitäten 49
- Europäische Region Saar-Pfalz-Bitcheerland 102
- Europäische Union 21
 - Adressat von Hoheitsrechten 201, 420, 434
 - als Internationale Organisation 321
 - Rechtspersönlichkeit 21, 319ff.
 - Staatlichkeit 321
- Europäische Zentralbank 429, 434
- Europäischer Fernsehkanal ARTE 213f., 241
- Europäischer Verein 307
- Europäisches Gemeinschaftsrecht *siehe auch* Gemeinschaftsrechtsordnung
 - als eigenständige Rechtsordnung 135ff., 290, 292, 294, 296, 298, 302
 - als öffentliches Recht 298
 - als wählbare Rechtsordnung 299
 - Begriff 290
 - Geltungswille 330
 - im weiteren Sinne 295
 - Lückenhaftigkeit 292

- ungeschriebenes 300
- Unterscheidung öffentliches Recht – Privatrecht im 296ff.
- völkerrechtliche Grundlage 292
- Vorrang 136, 174, 293
- Wirkungsweise 330, 355
- Europäisches Privatrecht *siehe* Privatrecht, europäisches
- Europäisches Rahmenübereinkommen von Madrid 18, 20f., 24, 30, 34, 37, 104ff., 109, 230, 312f., 328f.
- Ausführungsabkommen zum 106ff., 319, 328, 397, 415, 452
- Begriff »Gebietskörperschaften« im Sinne des 105
- Begriff »grenzüberschreitende Zusammenarbeit« im Sinne des 104
- Protokoll Nr. 2 30, 36f., 105
- Zusatzprotokoll (erstes) 105f., 313, 328f., 421, 453, 455
- Europäisches Tal der Mosel 86
- Europarat 34
 - Mitgliedstaaten 20
- Europarecht als Fach 136
- Europa-Universität Viadrina 87
- Euroregion »Pro Europa Viadrina« 103
- Euroregion Spree-Neiße-Bober 103
- Euro-Region Pomerania 102
- Euro-Regionen 42, 98, 99, 101ff., 419
- Euroverbände, Plan des Europäischen Parlaments 310ff.
- EUROZONE, grenzüberschreitendes Gewerbegebiet 84f.
- Euregio Bayerischer Wald / Böhmerwald 42
- EWG-Vertrag 436
- EWIV
 - als Instrument grenzüberschreitender Zusammenarbeit 304ff., 322, 453
 - deutsches Ausführungsgesetz 305
 - Forschungsförderungsmittel von Universitäten, Einwerbung mittels 306
 - Mitgliedschaft deutscher Gebietskörperschaften 305ff.
 - Mitgliedschaft polnischer Gebietskörperschaften 307
 - Mitgliedschaft schweizer Gebietskörperschaften 307
 - Mitgliedschaft tschechischer Gebietskörperschaften 307
 - und europäische Vereinigung für hoheitliche Tätigkeit 308, 311, 322
 - Verwaltung archäologischer Stätten mittels 306
- ex contractu, Anwendung einer Rechtsordnung 144f., 340ff.
- ex lege, Anwendung einer Rechtsordnung 127, 145, 340ff.
- Exekutivausschuß (im Rahmen des SDÜ) 436, 439
- Existenz einer Norm / eines Vertrages 175, 178
- Extraterritoriale Hoheitsakte, völkerrechtliche Zulässigkeit 365
- EZB 294, 302
- Fachhochschule des Saarlandes 87
- Fähigkeit *siehe auch* Können 380
- Feld verwaltungsrechtlicher Normen, Begriff 324
- Fernwärme 90
- Feststellungsklage 375
- Feuerwehrbereich, grenzüberschreitende Zusammenarbeit im 12, 94f.
- Fiktiver Charakter des Rechts 153
- Fischerei in Grenzgewässern 75
- Fiskalisches Handeln des Staates 392
 - und der Begriff »Hoheitsrechte« i.S.v. Art. 23, 24 GG 430
 - und staatliche Kompetenzordnung 221, 386, 396, 430
- Fiskus 381, 382
- Flächennutzungsplan, Abstimmung im Grenzgebiet 24
- Flensburg 90, 93, 102
- Flexibilitätsbestimmungen im Unionsrecht 322, 323
- Föderale Klausel 224
- Föderalismus, Begriff 63
- Föderalistische Auffassung (betr. Vertragsgewalt) 215ff., 244, 249, 288
- Föderatives Gleichbehandlungsgebot *siehe* Gleichbehandlungsgebot
- Forbach (F) 84
- Formenwahlfreiheit 369, 370, 378f.
- Frankfurt/Oder 87, 99
- Frankreich 14, 88, 96, 100, 104, 105, 109, 173, 213f., 228, 241f., 326, 328
- Französische Gemeinschaft Belgiens 108
- Freibad, Mitbenutzung durch Nachbargemeinde 89
- Freiwilligkeit der Zusammenarbeit, Bedeutung 46
- Freizeiteinrichtungen, grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich von 89f.
- Fremdenverkehrswerbung, gemeinsame 85

- Fremdes Recht
 - Begriff 351
 - Inkorporation *siehe* Inkorporation
 - Status im nationalen Bereich 357ff.
 - wirkliche Anwendung als 352ff., 359f., 373, 408ff., 416f., 454
- Friesland (NL) 41
- Funktionelle Bundesorgane, Länder und Gemeinden als 266
- Funktionelle Internationalität, Begriff 193
- Furth im Wald 42, 94
- Fusion der Gemeinschaftsorgane 56
- Füssen 90f., 325

- Gartz 87
- GASP 21, 320
- Gebietsgrenzen 8
- Gebietshoheit 50
- Gebietskörperschaften
 - als Träger grenzüberschreitender Zusammenarbeit 49ff.
 - Arten 51, 60
 - Bund, Länder und Gemeinden als 49ff., 380
 - Gebiet als Existenzgrundlage 52, 112
- Geistiges Eigentum, Recht des 347
- Geltung (von Recht), Begriff 333, 345, 358
- Geltungsanordnung, innerstaatliche 155
- Geltungsbereich einer Rechtsordnung 342, 344
- Geltungsgrund
 - formeller 353, 354
 - inländischer 353,
 - nationaler Normen 329
 - völkerrechtlicher Normen 157f., 354
- Geltungsvorrang des EG-Rechts 174
- Geltungswille des Rechts 125
- Gemeindedirektor als entliehenes Organ 267
- Gemeindefreie Gebiete 8, 51
- Gemeinden
 - als Träger grenzüberschreitender Zusammenarbeit 60ff., 98ff.
 - ansprechbar für den Bund 235, 236
 - Begriff 60
 - bundesunmittelbare 62
 - Eigenverantwortlichkeit 61, 62, 405, 406
 - Eingliederung in den Landesbereich 62f., 401, 447
 - Rechtsfähigkeit 61, 406
 - Selbständigkeit 61f.
 - Verhältnis zum Bund 62
 - Verhältnis zum Staat 63
- Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz 50, 51, 382
- Gemeinderat, kein Parlament 64
- Gemeinsamkeit einer Aufgabe 13ff.
 - bei grenzüberschreitenden Naturphänomenen 13
 - geborene / gekorene, Unterscheidung 13
 - keine, Beispiel 14
- Gemeinschaftscharta der Regionalisierung 312
- Gemeinschaftsprivatrecht, Begriff 303
- Gemeinschaftsrecht im weiteren Sinne, Begriff 295
- Gemeinschaftsrechtliche Vertragsfähigkeit 291
- Gemeinschaftsrechtlicher Vertrag 451
 - als Instrument grenzüberschreitender Zusammenarbeit 5, 290ff., 453
 - Anwendbarkeit im Verhältnis zu Nicht-EU-Mitgliedern 290
 - Begriff 291
 - Beschlüsse der Regierungsvertreter als 294ff.
 - EWIV-Gründungsvertrag 304ff.
 - Grundlegung im Gemeinschaftsrecht 291, 295, 301
 - Haltung der Gemeinschaftsorgane 310ff.
 - im Dienstrecht der Gemeinschaft 300
 - im primären Gemeinschaftsrecht 292ff., 308f.
 - im sekundären Gemeinschaftsrecht 302ff., 309f.
 - Vorteile 290
- Gemeinschaftsrechtsordnung, Reichweite 319ff.
- Gemeinschaftsrechtssubjekte 291f.
- Gemeinschaftssteuern 302
- Generalklausel für die bundesstaatliche Kompetenzverteilung, Art. 30 GG als 399
- Generalstaatsanwälte, grenzüberschreitende Zusammenarbeit 73
- Genfer Flüchtlingskonvention 173
- Gentlemen's agreements 45ff., 49
 - Abgrenzung vom völkerrechtlichen Vertrag 47
 - Rechtsbindung 45
 - Träger 45
- Geographie, als Wissenschaftsdisziplin 1
- Gerechtigkeit im IPR 332, 355
- Gersweiler 92

- Gesamtheit der Vertragsstaaten
 – Adressat von Hoheitsrechtsübertragungen 438f., 450
 – als Rechtssubjekt des Völkerrechts 438f.
 Gesamtstaat 52, 53, 54, 55, 56, 57, 178
 Gesamtverweisung 359
 Geschäftsordnung internationaler Kommissionen 273f., 277
 Geschichtswissenschaft 1
 Gesellschaftsformen, europäische *siehe* Europäische Gesellschaftsformen
 Gesetzgebung
 – Begriff in Art. 32 Abs. 3 GG 237
 – Kompetenz der Länder 205ff., 213
 – Kompetenzverteilung des Grundgesetzes 230, 233, 235f.
 Gesetzgebungsverträge 164, 233
 Gesprächskontakte auf der Ebene der Gemeinden 98f.
 Gewässer, grenzüberschreitende 73ff.
 Gewaltenteilung und kommunale Selbstverwaltung 64
 Gewerbegebiete, grenzüberschreitende 84f.
 Gewerkschaften, als Träger grenzüberschreitender Zusammenarbeit 50
 Gleichbehandlung im Unrecht 253
 Gleichbehandlungsgebot, föderatives 252
 Gleichheitssatz, Geltungsbereich
 – gegenüber dem Bürger 253
 – im Verhältnis der Hoheitsträger untereinander 253
 Gliederung des Bundes in Länder (Art. 79 Abs. 3 GG) 392
 Gliedstaaten 52, 108, 178, 179, 187
 Gorzów Wlkp. (PL) 99
 Grenze, Begriff 7f.
 Grenzen internationaler Organisationen 8
 Grenzgänger 26
 Grenzgebiete, Charakterisierung ihrer Lage 10
 Grenzgegenständliche Zusammenarbeit 19
 Grenzgewässer, Verkehr 75f.
 Grenzgewässerkommission, deutsch-polnische 279
 Grenzkontrollen 19, 66
 Grenzlage, Nachteile 10
 Grenzlandkonferenz 100
 Grenznachbar(schaft)liche Zusammenarbeit 31f.
 Grenznachbarschaftliche Einrichtungen (Art. 24 Abs. 1 a GG) 110, 205f., 420, 434, 449, 452
 – Autonomie 441ff.
 – Begriff 440
 – geographische Reichweite 446
 – Notwendigkeit von Rechtsfähigkeit 444, 449, 455
 – rechtliches Regime 440ff., 450
 Grenzneutrale Zusammenarbeit 10, 32
 Grenznormen, Begriff 332, 365, 366, 413
 Grenznutzende Zusammenarbeit 11, 32
 Grenzprobleme, Anerkennung durch die EG 314
 Grenzregio Rhein-Maas-Nord 102
 Grenzübergreifende Zusammenarbeit, Begriff 30, 318
 Grenzüberschreitende Arbeitsgruppe Bitcherland/Westpfalz 100
 Grenzüberschreitende Institutionen 419
 Grenzüberschreitende Regionalverbände *siehe* Euroverbände
 Grenzüberschreitende Verträge, Begriff 1f.
 Grenzüberschreitende Zusammenarbeit
 – Abgrenzung von anderen Formen der Zusammenarbeit 18, 25f., 27f., 28ff.
 – allgemeiner Art, Praxis 95ff.
 – als Gegenstand der Wissenschaft 1ff.
 – auf EU-Ebene 21ff.
 – Begriff 1, 3, 7ff., 451
 – Bund, Länder und Gemeinden als Träger 52ff., 451
 – Definition 27
 – durch Übertragung von Hoheitsrechten 419ff.
 – Ebenen 22
 – Erfordernis direkten Grenzkontakts 23f.
 – Gebietskörperschaften als Träger 49ff.
 – im engeren und im weiteren Sinn 28ff., 32
 – Mehrdeutigkeit des Begriffs 31, 32
 – multilaterale 20f.
 – Notwendigkeit räumlicher Nähebeziehung 18f., 19, 22, 23, 25, 27, 29, 451
 – Partnerschaftsvereinbarungen als 24f.
 – Praxis 64ff., 419
 – rechtsverbindliche 2, 451
 – Schlagwort 7, 31
 – spezifische Bedeutung 3, 7, 22, 27, 28ff., 31, 111, 112, 451
 – spezifische Merkmale 7ff.
 – Träger 43ff., 112
 – Überwindung der Grenzen als Folge 10, 16, 17ff., 23, 27, 112
 – Überwindung der Grenzen als Ziel 10, 16, 19f., 23, 27, 112
 – und grenznachbar(schaft)liche Zusammenarbeit 31f.

- und internationale Zusammenarbeit 35f.
- und interregionale Zusammenarbeit 32ff., 35f., 111
- und interterritoriale Zusammenarbeit 36f.
- und regionale Zusammenarbeit 40ff.
- und transnationale Zusammenarbeit 37ff.
- unspezifische Bedeutung 28f., 31
- Grenzüberschreitender Kongreß, vierter 107
- Grenzüberschreitender örtlicher Zweckverband 84, 110, 331
- Grenzüberschreitender Verkehr, Erleichterung 66ff.
- Grenzüberschreitender Vertragsschluss, rechtliche Grundlagen 3, 324ff.
- Grenzüberschreitendes Gebiet 24, 420
- Grenzüberschreitendes Vertragsrecht, Grundlagen 114ff.
- Grenzüberschreitung, als die Zusammenarbeit qualifizierendes Moment 8, 16ff., 22, 35
- Grenzübertritt, Erleichterung 69ff.
- Grenzüberwindende Zusammenarbeit 18
- Grenzvertrag, deutsch-niederländischer 192, 211, 280
- Grenzwirkungen
 - Abbau 3, 23, 420
 - aufgrund unterschiedlicher Systeme 17, 19f.
 - physische 17, 19
- Grenzzone 70
- Grevenmacher (L) 84
- Gronau 102
- Groningen (NL) 41
- Großgmain (Ö) 92
- Großraum, regionaler 41
- Großregion 41, 42
- Großrosseln 83
- Grünberg, Wojewode von (PL) 98
- Grundgesetz
 - Abschnitt »II. Der Bund und die Länder« 53, 55, 447
 - Art. 20 430
 - Art. 20 Abs. 2 63
 - Art. 20 Abs. 2 S. 1 422
 - Art. 20 Abs. 2 S. 2 422
 - Art. 23 423ff., 429
 - Art. 23 Abs. 1 57, 174, 200, 201ff., 288, 420, 425
 - Art. 23 Abs. 1 S. 1 426
 - Art. 23 Abs. 1 S. 2 56, 423f., 434
 - Art. 23 Abs. 2 205
 - Art. 23 Abs. 6 57
 - Art. 24 355, 423ff., 429f., 434, 449
 - Art. 24 Abs. 1 5, 53, 56, 159, 174, 200, 201ff., 288, 420, 423f., 425f., 429, 434ff., 447, 449, 455
 - Art. 24 Abs. 1 a 5, 31, 110f., 200, 204, 205ff., 238, 239, 261, 285, 288, 398, 420, 425f., 434f., 440ff., 447f., 449f., 452, 455
 - Art. 24 Abs. 4 (Vorschlag) 206
 - Art. 25 164, 174
 - Art. 28 Abs. 1 S. 1 161
 - Art. 28 Abs. 2 60, 62, 63, 199, 400, 405
 - Art. 28 Abs. 2 S. 1 50, 51, 399, 400, 401, 402, 403
 - Art. 28 Abs. 2 S. 2 400
 - Art. 30 50, 196, 221, 250, 257, 259, 266, 392, 397, 398, 399, 401, 429f.
 - Art. 32 188, 195f., 199, 200, 202ff., 241, 243, 245, 249f., 252, 258, 259, 260, 288, 289, 394f., 397, 398, 399, 406
 - Art. 32 Abs. 1 53, 54, 55, 195f., 197f., 199, 202ff., 212, 220, 221, 229, 230, 243, 245, 247, 258, 260, 261, 264, 265, 268, 270, 275, 285, 289, 393, 395
 - Art. 32 Abs. 1 (Änderungsvorschlag) 34f., 201
 - Art. 32 Abs. 3 53, 58, 178, 179, 180, 185, 187, 195, 198f., 205ff., 212, 215, 220f., 227, 233, 237f., 243, 245, 247, 249, 251, 252, 255, 258, 259, 260, 285, 288, 325, 393, 396, 420, 448, 452f.
 - Art. 35 53
 - Art. 36 53
 - Art. 59 434
 - Art. 59 Abs. 1 S. 2 265, 396
 - Art. 59 Abs. 2 GG 219
 - Art. 59 Abs. 2 S. 1 200f., 208, 222, 223, 240, 430
 - Art. 60 Abs. 3 210
 - Art. 70ff. 207, 219, 223, 230, 238
 - Art. 70 Abs. 1 230, 233
 - Art. 70 Abs. 2 247
 - Art. 71 210f., 238
 - Art. 72 247
 - Art. 72 Abs. 1 233
 - Art. 72 Abs. 2 234
 - Art. 72 Abs. 3 238
 - Art. 73 230
 - Art. 73 Nr. 1 222, 230
 - Art. 73 Nr. 3 262
 - Art. 73 Nr. 5 214
 - Art. 73 Nr. 10 214
 - Art. 74 247
 - Art. 74 Abs. 1 Nr. 1 214
 - Art. 75 Abs. 1 233

- Art. 79 434, 447
- Art. 79 Abs. 3 63, 392, 434
- Art. 80 Abs. 1 210
- Art. 80 Abs. 1 S. 2 64
- Art. 80 Abs. 4 238
- Art. 83ff. 207, 247, 399
- Art. 84 Abs. 1 234f., 239, 261, 288
- Art. 84 Abs. 2 239
- Art. 85 Abs. 1 234f., 288
- Art. 87 e Abs. 3 381
- Art. 87 f Abs. 2 S. 1 381
- Art. 88 S. 2 429, 434
- Art. 91 a 247
- Art. 91 b 247
- Art. 93 Abs. 1 Nr. 4 b 400
- Art. 106 Abs. 5 – 9 60
- Art. 125 a 238
- Art. 137 60
- Grundlegung
 - Begriff 117, 119, 143, 144ff., 291, 334, 412
 - in mehreren Rechtsordnungen 128ff., 347
 - objektive – proper law, Unterscheidung 117, 337ff., 361
 - Vorgang 127f.
- Grundnorm für auswärtige Angelegenheiten, Art. 32 GG als 399
- Grundrechte im GG und in den Landesverfassungen, Identität 130
- Grundrechtswirkung, Kriterium für die Übertragung von Hoheitsrechten 428ff., 431, 449
- Grundsatz begrenzter Ermächtigung (im EG-Recht) 292
- Grundsatz eigenverantwortlicher Aufgabenerfüllung 266ff.
- Gründungstheorie (im internationalen Gesellschaftsrecht) 411f.
- Grüne Straße (französisch-deutsche Vereinigung zur Tourismusförderung) 86
- Guben 68, 87, 99
- Gubin (PL) 68, 87, 99
- Gültigkeit einer Norm / eines Vertrages 175, 178
- Gutsbezirk Baumholder 51
- GWB 349, 365

- Haaksbergen (NL) 94
- Haftung der Europäischen Gemeinschaft
 - außervertragliche 300
 - vertragliche 296, 300
- Haftungseinheit des Bundesstaates 45, 229
- Hallenbad, Mitbenutzung durch Nachbargemeinde 89
- Hamburg 449
- Handlungsfähigkeit, völkerrechtliche 229
- Handwerkskammern Saar-Lor-Lux, Interregionaler Rat der 49
- Handwerkskammern, Träger grenzüberschreitender Zusammenarbeit 49
- hard institutions, Begriff 419
- Hardt-Nord (F) 89
- Haren/Ems 85
- Hasselt (B) 99
- Hausgut, Begriff 214
- Heerlen (NL) 99
- Heimatlose Verträge, Begriff 124
- Heimatrechtsordnung, Begriff 125, 409ff.
- Herren der Verträge 21
- Herrlisheim (F) 99
- Herzogenrath 67, 103
- Hessen 34
- Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen 48, 92ff., 281
- Hinkende Verträge 129
- Hirschberg, Wojewode von (PL) 98
- Hochschulen, Träger grenzüberschreitender Zusammenarbeit 49
- Hochschulinstitut für Technik und Wirtschaft Saargemünd 87
- Hochwassermeldestellen im Moseleinzugsgebiet, Übereinkommen 275
- Hoheitsrechte i.S.v. Art. 23, 24 GG 427ff., 449
- Homogenitätsgebot 161
- Human Rights Act 152

- IGH 194
- ILC 186
 - Entwurf einer Vertragsrechtskonvention 185
- Indienstnahme von Landes- oder Gemeindebehörden 257ff., 278, 289
- Individuell-autonomes Vertragsrecht 119, 124
- Industrie- und Handelskammern Saar-Lor-Lux, Arbeitsgemeinschaft der 49
- Industrie- und Handelskammern, Träger grenzüberschreitender Zusammenarbeit 49
- Inexistenz *siehe auch* Nichtigkeit
 - von Rechtsakten im Gemeinschaftsrecht 375
 - von Verträgen (nach der ultra-vires-Lehre) 389

- Information, keine Zusammenarbeit 15f.
 Inkorporation 163, 351f., 354, 356, 357, 359, 360, 373, 416, 454
 Inlandsverträge, Möglichkeit der Rechtswahl 127
 Innenwirksam / außenwirksam, Kriterium für die Kompetenzverteilung 397ff., 417
 Innere Sicherheit, grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich 71
 Innereuropäisches Regionalinstitut (IRI) 50
 Inn-Salzach-Euregio 103
 Insolvenzordnung 306
 Institution, Begriff 419
 Institutionalisierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit 419
 Institutionsleihe 61, 267
 Instrument grenzüberschreitender Zusammenarbeit, Begriff 114f.
 INTABO 86
 Integrationsgemeinschaften (EG, EAG, EGKS) 290, 321
 Integrationsgewalt
 – Begriff 202, 446ff.
 – der Länder 205ff., 446ff.
 – des Bundes 201ff., 446ff.
 – Möglichkeit der Weiterleitung 447, 450, 455
 – regionale 421, 449
 Integrationsprogramm, hinreichend bestimmbare Normierung 447
 inter partes-Wirkung völkerrechtlicher Verträge 193
 Interessen-Gemeinschaft Energie und Lebensraum 82
 Interessengemeinschaft Erstein/Obernai-Lahr/Kinzigtal 100
 Intergouvernementale Zusammenarbeit 21
 international co-operation 36
 International-autonomes Recht, Begriff 442ff.
 Internationale Beziehungen 37f.
 Internationale Bodenseekonferenz 97
 Internationale Eingriffsnormen 363, 413
 Internationale Gewässerschutzkommission für den Bodensee 74, 284
 Internationale Handelskammer 326
 Internationale Kommission
 – zum Schutz der Elbe 74
 – zum Schutz der Mosel 74
 – zum Schutz der Saar 74
 – zum Schutz der Oder 74
 – zum Schutz des Rheins 74
 Internationale Organisationen 190f.
 – Beitritt von Bundesländern zu 284ff.
 Internationale Politik 37f.
 Internationale Reichweite einer Rechtsordnung *siehe* Regelungsbereich
 Internationale Schiedsgerichtsbarkeit 338
 Internationale Zusammenarbeit 35f.
 Internationaler Handel, Regeln für 140
 Internationales Abwasserklärwerk Mompach/Trier-Land 91
 Internationales Abwasserklärwerk Echternach-Weilerbach 91
 Internationales Gesellschaftsrecht 411f., 414
 Internationales Privatrecht 5, 125, 127, 163, 164, 324, 326, 333, 344, 349, 350
 – als grundlegende Rechtsordnung 141, 143
 – Begriff 345
 – und Internationales Verwaltungsrecht, Unterschied 366ff., 413
 Internationales Vertragsrecht
 – Begriff 5
 – Grundlagen 328, 331ff.
 Internationales Verwaltungsrecht 5, 143, 344, 366, 414
 Internationalpark Unteres Odertal 81
 Internes Staatengemeinschaftsrecht 139
 INTERPOL, Mitglieder 47
 INTERREG, Gemeinschaftsinitiative 33, 40, 67, 81, 83, 85, 312f., 315f., 318
 interregional co-operation 34
 Interregionale Zusammenarbeit 32ff., 35f., 318
 Interregionaler Gewerkschaftsrat Europaregion Saarland-Lothringen-Luxemburg 50
 Interregionaler Gewerkschaftsrat Maas-Rhein 50
 Interregionaler Parlamentarier-Rat 42
 Interregionaler Rat der Handwerkskammern Saar-Lor-Lux 49
 interterritorial co-operation 30, 31, 37
 Interterritoriale Zusammenarbeit 36f.
 Interventionsverbot 181, 184, 366, 408
 IRG 262, 266, 268
 – Gesetzentwurf 264, 269
 Irrel 91
 Island 70
 ius contrahendi, Begriff 421
 IVU-Richtlinie 310
 Jestetten 68, 82, 89, 90, 95, 99
 Jura (CH) 45, 109, 228

- Juristische Person 44, 47, 49
 – des Gemeinschaftsrechts 310
 – des öffentlichen Rechts 382
 – Fiktion 153
- Kammerelbstverwaltung, Begriff 64
- Kantone (CH) 45, 184f.
 – als Adressaten des Karlsruher Abkommens 109, 231, 415
 – als Vertragsparteien des Karlsruher Abkommens 228
 – Organisationsautonomie 405
 – völkerrechtliche Handlungsfähigkeit 229
- Kappe der einzelstaatlichen Souveränität 159, 166, 167
- Karlsruher Abkommen 44f., 59f., 84, 106, 109ff., 152, 192, 225ff., 229, 231, 234, 239f., 249, 252, 253, 331, 403, 415, 421, 445, 452, 453, 454
 – Denkschrift 152
 – Entstehungsgeschichte 109, 226, 227, 241f.
 – geographische Reichweite 328f.
- Katastrophen oder schwere Unglücksfälle *siehe auch* Hilfeleistung
 – Legaldefinition 94
- Katastrophen- und Brandschutz, grenzüberschreitende Zusammenarbeit 92ff.
- Kehl 68, 88, 96, 99
- Kehler-Hafen-Abkommen, Urteil des BVerfG zum 187, 282, 394, 395, 398, 399, 434, 442f.
- Kelmis (NL) 95
- Kerkrade (NL) 67, 95, 103
- Kernkraftwerk Cattenom, Klage gegen Ableitungsgenehmigung 16
- Kernkraftwerke 81f.
- KGRE 111
- KGSt 65
- Kiefersfelden 91
- Kindergärten, grenzüberschreitende Einrichtung 27
- Kindergartenbereich, grenzüberschreitende Zusammenarbeit 88f.
- Klagebefugnis von Grenznachbarn 342
- Kleinblittersdorf 326
- KMU, grenzüberschreitende Zusammenarbeit von 50
- Kleiner Grenzverkehr 70, 279
- Klingenthal 92, 99
- Können, rechtliches
 – und rechtliches Dürfen 4, 379f., 385
- Köslin, Wojewode von (PL) 98
- Kollisionsnormen 139
 – allseitige 344, 350, 355, 363, 366, 372
 – einseitige 349, 365
 – System im Privatrecht 363
 – versteckte 343
 – zweiseitige 332, 366, 372, 413
- Kollisionsrecht 128, 143, 331, 345
 – Angleichung im Wege völkerrechtlicher Verträge 337
 – Aufgabe 336
 – ausländisches 352
 – Bedeutung für die Existenz des Vertrages 341, 342ff., 349, 374
 – Begriff 332, 371
 – der internationalen Verträge 5
 – Einseitigkeitsdogma im öffentlichen Recht 366ff., 413, 454
 – für das Privatrecht und das öffentliche Recht 363ff.
 – Funktion, wichtigste 363
 – Rolle bei der Verweisung auf fremdes Recht 349ff.
 – zwei Aufgaben des 342ff., 349ff., 356, 359ff., 363, 371ff., 410f., 416
- Kollisionsrechtliche Entscheidung, Notwendigkeit 127
- Kollisionsrechtliche Verweisung (im Vertrag / im Kollisionsrecht) 129, 144f., 286, 299f., 338, 341, 351, 356, 359f., 361ff., 367, 407, 417, 454
- Kommissariate, deutsch-französische 71
- Kommission für Fragen der Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen 82
- Kommission für kerntechnische Einrichtungen im Grenzgebiet 82
- Kommission Verfassungsreform des Bundesrates 34, 35, 206
- Kommunale Arbeitsgemeinschaft, Handlungsform iRd Anholter Abkommens 107f.
- Kommunale Außenpolitik, Begriff 259, 402
- Kommunale Gemeinschaftsarbeit
 – Länderverträge betr. 232
 – Landesgesetze betr. 406, 415, 416
- Kommunale Selbstverwaltung als mittelbare Staatsverwaltung 39, 64
- Kommunale Selbstverwaltung zwischen Staat und Gesellschaft 39
- Kommunaler Zweckverband der Gemeinden Westpommerns »Pomerania« 102
- Kommunalgemeinschaft Europaregion Pomerania 102

- Kommunalrecht, Länderkompetenz 213f., 234
- Kommunen, Begriff 60
- Kompetenz 5
- Begriff 4, 48, 247
 - »obligatorische« Wirkung 380
 - und Befugnis, Begriff 379
- Kompetenz-Kompetenz des Bundes 50, 56
- Kompetenzordnung des Grundgesetzes, Grundlagen 246ff.
- Kompetenztheorie, Begriff 352, 359
- Kompetenzvermutung 397
- Kompetenzverteilung für grenzüberschreitende Vertragsdurchführung 257ff.
- Kondominium, deutsch-luxemburgisches 75, 279f., 283
- Konferenz für Regionalentwicklung in Westeuropa (KRENWE) 46, 50
- Kongruenz von Abschluss- und Umsetzungsbefugnis 212, 215, 217ff., 288
- Konkurrierende Gesetzgebungskompetenz 203, 215, 233, 247
- Konkursfähigkeit von Bund, Ländern und Gemeinden 306
- Konstanz 12, 89, 94, 100
- Konvergenz (*siehe auch* Kongruenz) 217
- Kooperation, Begriff im Sinne des Völkerrechts 11, 15
- Kooperationshoheit, Begriff 404ff.
- Kooperationsvereinbarungen gemäß dem Karlsruher Abkommen 109f., 231
- Koordinationsrechtlicher öffentlich-rechtlicher Vertrag 376f.
- Koordinationsrechtsordnung, Völkerrecht als 134, 164, 166, 331
- Kraslice (CZ) 99
- Kreise als Gemeindeverbände 400
- Kreisfreie Städte 51
- Kreiskommunale Aufgaben des eigenen Wirkungskreises, Begriff 400
- Kreisordnung, Thüringer 403
- Kreisordnungen der Länder, Quelle der Allzuständigkeit 50f.
- Kreuzlingen 89, 100
- Krisenstab, österreichisch-deutscher 83
- KSVG 396, 415
- Kulturbereich, Länderkompetenz 213f.
- Kulturhoheit der Länder 213, 238
- Kulturnormen, Begriff 114
- Kumulatives Vertragsrecht, Begriff 212, 249, 453
- Küssaberg 77, 99
- Länder
- als Adressaten des Karlsruher Abkommens 109, 231
 - als Staaten 58f., 246, 249
 - als Regionen 59
 - als Träger grenzüberschreitender Zusammenarbeit 58ff., 97ff.
 - Begriff i.S.v. Art. 24 Abs. 1 a GG 448f.
 - Begriff i.S.v. Art. 32 Abs. 3 GG 198
 - völkerrechtliche Handlungsfähigkeit 229
- Landesorganisationsrecht 234
- Landesverfassungen 399
- Baden-Württemberg 61, 159, 414
 - Bayern 61, 159, 225
 - Brandenburg 51, 61, 159
 - Bremen 61
 - Hamburg 159
 - Hessen 61, 159
 - Mecklenburg-Vorpommern 61, 159
 - Niedersachsen 61, 159
 - Nordrhein-Westfalen 51, 61, 159, 225
 - Rheinland-Pfalz 61, 159
 - Saarland 61, 63, 159, 141
 - Sachsen 61, 159
 - Sachsen-Anhalt 51, 60, 61, 159, 400
 - Schleswig-Holstein 61, 159
 - Thüringen 61, 159
- Landesverfassungsgerichtsbarkeit 246
- Landesverfassungsrecht, Quelle der Allzuständigkeit von Kreisen 5, 400
- Landkreisordnung Rheinland-Pfalz 51, 404
- Lastenausgleichsgesetz 235
- Lathen 85
- Laufen 92
- Lausitzer Brücke, deutsch-polnische Übung 432
- Leader, Gemeinschaftsinitiative 318
- Lebensverhältnis / Rechtsverhältnis, Unterscheidung *siehe* Rechtsverhältnis
- Leer 102
- Lehreraustausch, grenzüberschreitender 87
- lex contractus 118, 119, 121, 124, 142, 349, 443, 444
- lex fori 338, 357, 359, 360, 361, 362, 363, 374, 417
- lex generalis 202
- lex originis 339
- lex posterior derogat legi priori 173
- lex specialis 173, 202, 203, 208, 343, 443
- Lichtenau 99

- Liederschiedt (F) 89
 Lindauer Abkommen 204, 213, 215, 216, 224, 225, 226, 249, 255, 288
 Linienverkehr in Bussen und Taxen, grenzüberschreitender 68
 loi Joxe / Marchand 421
 Lörrach 67
 Lorraine, Région (F) 71
 Lothringen (F) 42
 Lüttich (B) 99
 Luxemburg 42, 75, 80, 86, 105, 109, 173, 283, 328, 420
- Maastricht (NL) 99
 Maastrichter Vertrag 290, 319
 Maastricht-Urteil des Bundesverfassungsgerichts 320
 Madrider Rahmenübereinkommen *siehe* Europäisches Rahmenübereinkommen
 Mainzer Abkommen 106, 108, 225ff., 232, 237, 415, 452, 453
 – geographische Reichweite 328
 – Kündigungsregelung 256
 Makro-Region 41
 Mandat, öffentlich-rechtliches 210, 267ff.
 Manöver, Durchführung gemeinsamer 432
 Marktschellenberg 92, 325
 Materielle rechtliche Verweisung 126, 144, 286, 300, 338, 363, 367, 412
 Mecklenburg-Vorpommern 8, 78, 98, 274
 Mehrfachzuständigkeit, Begriff 246
 Menschenwürde, Grundlage der Rechtsfähigkeit 177
 Mertert/Wasserbillig (L) 84
 Metarechtsordnung, IPR als 346
 Metz (F) 100
 Mischverwaltung
 – Begriff 245, 250
 – Verbot der 250ff., 269
 Mittelbare Staatsverwaltung 39, 64
 Mittelbehörden 61
 Mitwirkung der Länder an der Gesetzgebung (Art. 79 Abs. 3 GG) 392
 modus vivendi (Lindauer Abkommen) 213
 Mompach (L) 91
 Monismus 153ff.
 Mosel 66, 75
 Moselle, Département (F) 84, 326
 Müllverbrennungsanlage im Grenzgebiet 83
 Multilaterale grenzüberschreitende Zusammenarbeit 20f.
 Multinationale Rechtspersönlichkeit 445
- Nachbarschaft, Begriff 18f., 324
 Nachbarschaftliche Zusammenarbeit, Begriff 32
 Nachbarschaftsvertrag
 – deutsch-polnischer 9, 414
 – deutsch-tschoslowakischer 96, 414
 NAGRA 82
 Nationale Rechtsnormen, Kategorien 329
 Nationale Rechtsordnung, Begriff 196, 329ff.
 Nationalrechtlicher Vertrag 451, 453
 – Abschluss durch Bund, Länder und Gemeinden 374ff.
 – als Instrument grenzüberschreitender Zusammenarbeit 5, 287, 324ff., 416ff.
 – als Instrument zur Übertragung von Hoheitsrechten 206ff., 445, 446
 – Existenz (objektive) 332ff., 335, 374, 416
 – Kompetenzverteilung 391ff.
 – Qualifikation als öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich 373, 378f.
 – und Art. 32 GG 394, 454
 NATO 428
 Natur der Sache, Gesetzgebungskompetenz des Bundes 232
 Natürliche Personen als »Träger« der Zusammenarbeit 43
 Natürliches Privatrecht, Begriff 119, 123
 Naturpark
 – Internationalpark Unteres Odertal 81
 – Maas-Schwalm-Nette 80, 259
 – Nordeifel/Schneifel/Hohes Venn/Eifel 80
 – Pfälzer Wald/Nordvogesen 80
 Naturrecht 122
 Naturschutz, grenzüberschreitender 80f.
 neighbourly relations 18
 Neißة 66, 79
 Nettetäl 85
 Neue Hanse Interregio 41f.
 Neuf-Brisach (F) 85
 Neuhausen (CH) 99
 Neuzelle 87
 Nichtigkeit 374f.
 – absolute 374
 – und Inexistenz, Unterschied 374
 Nichtrechtliche Verträge, Begriff 115
 Nichtrechtsverträge, Begriff 115
 Niederlande 78, 88, 105, 107, 227, 248, 255, 256, 259, 328
 Niedersachsen 8, 41, 72, 107, 225f., 241, 248, 251, 252, 253, 259, 272, 452
 Nieuweschans (NL) 89, 95

- Nieuwstraat (Neustraße zwischen Herzogenrath und Kerkrade) 67
 Norddeutsche Auffassung (betr. Vertragsgewalt) 215
 Nordfriesland, Kreis 93, 102
 Nordrhein-Westfalen 8, 78, 80, 88, 107, 108, 225f., 237, 241, 248, 251, 252, 253, 259, 271, 272, 328, 452
 Normativbestimmung, Art. 28 Abs. 2 S. 1 GG als 399f.
 Normsetzende Vereinbarungen 114
 Norwegen 70
 numerus clausus der Träger auswärtiger Gewalt 211

 Oberaudorf 77
 Oberrheinkonferenz 96, 97, 101, 276, 277
 Oberrheinrat 97
 Oberstaat 52
 Oberstdorf 85
 Objektrechtsordnung, Begriff 346
 Oder 66, 79
 Offendorf (F) 99
 Offene Staatlichkeit, Verfassungsentscheidung für eine 396f., 414
 Öffentliches Recht – Privatrecht, Unterscheidung 368f., 378
 – im französischen Recht 296
 – im Gemeinschaftsrecht 296, 299
 – im Völkerrecht 149
 – Theorien 378
 Öffentliches Recht, Wesen 366
 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung, Handlungsform iRd Anholter Abkommens 107f.
 Öffentlich-rechtlicher Vertrag 430
 – im deutschen Recht 376ff.
 – Möglichkeit grenzüberschreitenden Abschlusses 326ff.
 – und der Begriff »Hoheitsrechte« i.S.v. Art. 23, 24 GG 430
 Öhningen 90
 opinio iuris 134, 211
 ÖPNV, grenzüberschreitender 68
 Ordre National du Mérite 43
 ordre public 121, 126
 Organ 47, 48, 49, 56, 106, 151, 170, 231, 239, 437
 Organe der Völkerrechtsgemeinschaft 172
 Organisationsautonomie schweizerischer Kantone 405
 Organisationsgewalt, Begriff 405
 Organisationshoheit
 – Begriff 405
 – der Länder 447
 Organisationskompetenz von Bund, Ländern und Gemeinden 404ff.
 Organkompetenz, Begriff 282
 Organleihe
 – Begriff 267
 – und dreigliedriger Bundesstaat 56
 – und Mandat 267ff.
 – und übertragener Wirkungskreis der Kommunen 61
 – und Übertragung von Hoheitsrechten 433
 Organshaft 44
 Organwalter 44, 45, 47, 49, 151, 278, 409, 433
 Organwalterleihe, Begriff 267
 Ortenaukreis 68
 Österreich 74, 75, 284, 325
 – Staatsverträge der österreichischen Bundesländer 58
 Our 75, 80, 173, 174
 Overijssel (NL) 42

 pacta sunt servanda
 – Grundsatz des Völkergewohnheitsrechts 145, 146, 286
 – Ursache von Rechtsverbindlichkeit 118, 119, 123, 124, 142, 146
 pactum, Begriff 145
 pactum de contrahendo 190, 282, 294
 pactum de negotiando 190
 Padborg (DK) 90
 PAMINA 85, 101
 Parallelität von Abschluss- und Umsetzungsbefugnis, Begriff 217
 Parallelnormen, inländische 362, 417
 Parlamentarischer Rat 220
 Parlamentsbeschluss 225
 Parteiautonomie 299, 338, 349, 359, 361
 Parteiwille 359, 362
 Partnerschaftsvereinbarungen 14f., 27
 – atypische 24
 – Zweck 24
 Pegasus 98, deutsch-spanische Übung 432
 Periphere Lage von Grenzgebieten 10
 Perl 85, 99
 Petite-Rosselle (F) 83
 petitio principii 345
 Pfarrkirchen 83
 Pflanzenbeschau im Grenzgebiet 14
 Pinswang (Ö) 90, 325
 Pirmasens-Land 89, 94

- Pirna 325
 Planungsgemeinschaft Rheinpfalz 101
 Planungsgemeinschaft Westpfalz – Verbandsgemeinden Dahn und Hauenstein 101
 Plurinationale grenznachbarschaftliche Einrichtungen 445
 Polen 8, 9, 65, 96, 98, 214
 Politikwissenschaft 37f., 43
 Politische Verträge gemäß Art. 59 Abs. 2 S. 1 GG 200f.
 Polizeiliche und justitielle Zusammenarbeit in Strafsachen, Begriff 21
 Polizeiliche Zusammenarbeit
 – in Grenzgebieten 71ff., 280
 – Vereinbarungen der Länder 214
 – völkerrechtliche Verträge des Bundes 214
 Polizeirecht, Länderkompetenz 213f.
 Polizeizentrum, deutsch-französisches 71
 Port Autonome de Strasbourg 398
 Positives Privatrecht, Begriff 119
 Präfekt (F) 48, 93
 Praxis der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit 64ff., 451
 – allgemeiner Art 95ff.
 – an der deutschen Ostgrenze 65, 92, 94, 98, 101
 – an der deutschen Westgrenze 64
 – in einzelnen Aufgabenbereichen 66ff.
 – Vielfalt 65, 112
 – zur Stärkung subnationaler Zusammenarbeit 103ff.
 Primasens 100
 Primat des Staatsrechts 156
 Primat des Völkerrechts 156
 Privatautonomie des Staates 382, 385f.
 – österreichische Sicht 386
 Privatperson, Handeln als 45
 Privatrecht, europäisches 303ff.
 – Rechtsangleichung 303
 Privatrechtsvereinheitlichung 164
 Prozeßstandschaft 48
 Prüm 100
 public international law, Begriff 149
- Qualifikation, im Kollisionsrecht 373
 Quasivölkerrechtliche Verträge 119, 132
 quoad substantiam, Übertragung von Befugnissen 268
 quoad usum, Übertragung von Befugnissen 268
- Rafz (CH) 99
 Rahmengesetzgebungskompetenz 233, 247
 Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten 171
 Raketenstationierungs-Urteil des BVerfG 428ff., 431
 Ramsen 91
 Rang völkerrechtlicher Verträge 172ff., 287
 Rastede-Beschluss des BVerfG 401
 Rat, als Regierungskonferenz im Rahmen der 2. und 3. Säule des EUV 320
 Rat, als Vertragsorgan im Rahmen der 2. und 3. Säule des EUV 320
 Rat, Gemeinschaftsorgan 294
 Ratifikationsermächtigung, Funktion des Zustimmungsgesetzes 218
 Ratifikationsvorbehalt, Unzulässigkeit 295
 Räumliche Nähebeziehung 18ff., 20, 25, 27, 29, 32, 41
 Raumordnung, als Wissenschaftsdisziplin 1
 Raumordnung, europäische 22, 308
 Raumordnung, gemeinsame 20, 80, 259, 271, 272, 273, 275, 308
 Raumordnungsbericht
 – 1993 der Bundesregierung 76
 – 1996 der Landesregierung Schleswig-Holstein 83
 Raumordnungskommissionen 95
 – deutsch-belgische 24, 26, 76, 77, 271
 – deutsch-niederländische 76, 83
 – deutsch-österreichische 76, 77, 273
 – deutsch-polnische 76, 77, 96, 272, 275
 – deutsch-schweizerische 76, 77, 273
 – Empfehlungen 76f.
 Raumplanung, grenzüberschreitende 76f.
 Recht, Begriff und Wesen 123, 133
 Rechtsanwendungsbefehl 135, 160, 164, 173
 Rechtsanwendungsorgane 173, 332f., 335, 416
 Rechtsbindung, bei gentlemen's agreements 45
 Rechtsbindungswille 123, 150f., 287, 336
 Rechtserzeugungssubjekt, Mensch als 122
 Rechtsfähigkeit
 – Begriff 175, 176f.
 – der Adressaten der Übertragung von Hoheitsrechten i.S.v. Art. 23, 24 GG 435
 – der Europäischen Union 8
 – des Menschen 384
 – dienende Funktion 384
 – öffentlich-rechtliche / privatrechtliche, Unterscheidung 380ff.

- privatrechtliche des Staates, historische Entwicklung 385
- und Vertragsfähigkeit, Verhältnis 379
- verleihende Rechtsordnungen 444
- völkerrechtliche 47, 58, 60, 229
- »zivilistischer Denkansatz« 382
- Rechtsfolgewille 336
- Rechtsgeschäftliche Vereinbarungen 114
- Rechtshilfe in Strafsachen, internationale
- Europäisches Übereinkommen v. 20. 4. 1959 261
- zwischen Strafrechtspflege und auswärtiger Gewalt 261ff., 284
- Rechtsordnung, Begriff 299
- Rechtsordnungslose Institutionen 444
- Rechtsordnungslose Rechtsgeschäfte 444
- Rechtsordnungslose Verträge 117ff., 142
- Rechtspersönlichkeit, Vervielfältigung 126
- Rechtsquellen des Völkerrechts 175f.
- Rechtsstaatsprinzip 252f.
- Rechtssubjektivität
- als Voraussetzung der Grundlegung 125ff., 143, 148, 299, 363
- Ursache 125ff.
- Vervielfachung 191
- Rechtsverhältnis / Lebensverhältnis, Unterscheidung 125, 131, 143, 348
- Rechtsverweigerung, Vermeidung im Privatrecht 360
- Rechtswahl 127, 128, 132, 325f.
- bei öffentlich-rechtlichen Verträgen 327f.
- Erfolglosigkeit 360
- ungehörige 359f.
- Rechtswahlfreiheit 299, 353
- Rechtswahlvertrag, Notwendigkeit 362
- Regelungsbereich der nationalen Rechtsordnungen 342ff., 355, 374f., 416
- internationale Abstimmung 347
- öffentlich-rechtliche Normen, Ermittlung 363
- völkerrechtliche Schranken 364f.
- wahrer (tatsächlicher) 352, 359, 374, 454
- Regierung, Begriff 265
- Regierungsabkommen 265
- Regierungsfunktion des Bundespräsidenten 265
- Regierungskommissar (F) 48
- Regierungskommission
- deutsch-französisch-luxemburgische 42, 76, 96
- deutsch-französisch-schweizerische 76, 96, 272
- deutsch-polnische 96, 98, 274
- Regierungskommissionen
- Beteiligung der Länder (Beispiele) 271ff.
- Mitwirkung von Ländern und Kommunen im Namen des Bundes / in eigener Sache 258, 274ff.
- Regierungspräsident 48
- von Karlsruhe 48
- Regierungspräsidium Karlsruhe 44, 93, 283
- Regierungsvorbehalt im Bereich der auswärtigen Gewalt 265
- Regio Basiliensis 101
- Regio des Oberelsaß 101
- Regio-Gesellschaft Freiburg 101
- Region, Begriff 32f., 59
- Region Schleswig/Sonderjylland 102
- Regional- und Minderheitensprachen 29
- Regionalausschüsse 274f.
- Regionale Stellen, Begriff 272, 274
- Regionale Zusammenarbeit 22, 40ff.
- Regionalexekutive Saarland-Lothringen 97
- Regionalkommission Saar-Lor-Lux 76
- Regionalkommissionen 257
- Regionalverband Mittlerer Oberrhein 101
- Regio-Rat 101
- Reinhalteverband Oberndorf und Umgebung 92
- Reinhalteverband Tennengau-Nord 92, 325
- Relativität des IPR 356
- Remich (L) 85
- renvoi 347
- Repressalienrecht 265
- Ressortabkommen 265
- Retorsionsrecht 265
- Reutte 90
- Rezeption 163, 353, 357
- formelle 353f.
- materielle 354
- Rhede/Ems 85, 87
- Rhein 66
- Schutz gegen chemische Verunreinigung 48
- Rheinau (CH) 89, 95, 99
- Rheinfeld (CH) 85
- Rheinland-Pfalz 8, 42, 71, 75, 80, 86, 96, 97, 108, 173, 225, 226, 237, 241, 243, 249, 252, 271, 272, 274, 276, 283, 328f., 420, 452
- Rhinau (F) 326
- Richter und Generalanwälte des EuGH, Ernennung 294, 295
- Richtlinien für die Behandlung völkerrechtlicher Verträge (hrsg. v. AA) 208
- Rietheim (CH) 99
- Rom, Abkommen von 106

- Roßfeldstraße, Durchgangsverkehr auf der 67
- Ruanda 243
- Rücknahme des staatlichen Ausschließlichkeitsanspruchs *siehe* Ausschließlichkeitsanspruch
- Rückverweisung 347
- Saalach, Wasserkraftnutzung an der 76
- Saarbrücken 84, 100
- Saargemünd (F) 67, 87, 92, 325, 327
- Saarland 8, 42, 67, 71, 75, 84, 226, 241, 242, 252, 272, 283, 326, 328f.
- Beitritt zum Grundgesetz 249
- Saar-Lor-Lux Regionalkommission 96, 277f.
- Saar-Lothringische Kohlenunion 173
- Sachnorm, vollständige / unvollständige 342ff., 454
- Sachnormergänzung
- als erste Aufgabe des Kollisionsrechts 342ff., 356, 359, 360, 371, 417
- Technik im privaten und öffentlichen Kollisionsrecht 363ff.
- Sachrecht, Verhältnis zum Kollisionsrecht 343ff.
- Sachsen 8, 98, 274, 325
- Sauer 75, 80
- Schaffhausen, Kanton (CH) 68, 79, 90, 91, 97
- Schein einer Rechtshandlung 374, 375, 387, 409
- Gegenstand einer Feststellungsklage 375
- Schengen-Besitzstand 70, 72, 436
- Schengener Abkommen 20, 69, 233
- Schengener Durchführungsübereinkommen 20, 69, 72, 233, 280, 436, 439
- Schiffbarmachung von Grenzgewässern 75
- Mosel 75
- Schifffahrtsrinne, Staatsgrenze 74
- Schleswig-Flensburg, Kreis 93, 102
- Schleswig-Holstein 8, 76, 449
- Schlicht-hoheitliches Handeln und Art. 23, 24 GG 430
- Schneidemühl, Wojewode von (PL) 98
- Schoeneck (F) 92
- Schuldstatut 334
- Schulischer Bereich, grenzüberschreitende Zusammenarbeit 87
- Schulklassen, grenzüberschreitende Einrichtung 27
- Schweden 105
- Schwedt 81, 87
- Schweigen der Verfassung in Kompetenzangelegenheiten, Bedeutung 402
- Schweiz 8, 45, 57, 65, 74, 75, 89, 96, 105, 109, 216, 228, 229, 265, 284, 290, 326, 328
- Schwimmbad, grenzüberschreitende Zusammenarbeit beim Bau 13
- Selbstbindung des Bundes 253
- Selbstverwaltung, funktionale 8, 51
- Selbstverwaltungsgarantie, kommunale 62
- self-executing-Normen 167ff., 218f., 287
- Siedlungen, grenzüberschreitende 13
- Sierck (F) 85
- Simbach a. Inn 68, 83
- Sitz der EG-Organen 294, 295
- Sitz des Vertrages 128, 143, 335ff., 361
- völkerrechtliche Vorgaben für die Bestimmung 337
- Sitztheorie (im internationalen Gesellschaftsrecht) 411f.
- Sitzverlegung (im internationalen Gesellschaftsrecht) 412
- Slubice (PL) 99
- soft institutions, Begriff 419
- Solothurn (CH) 45, 109, 228
- Sonderjyllands Amt (DK) 102
- Souveränität und Staatlichkeit 179
- Sprache, grenzüberschreitender Gebrauch derselben 29
- Sprachendienst der Europäischen Gemeinschaft 300
- St. Gallen, Kanton (CH) 97
- St. Vith (B) 100
- Staat
- als Fiskus 381, 382
- als juristische Person des öffentlichen Rechts 149
- als »Privatperson« 385
- Begriff im staatsorganisatorischen Sinne 165
- im Sinne des Staatsrechts 179
- im Sinne des Völkerrechts 176f., 184
- Rechtspersönlichkeit 61, 153, 381, 384
- Staat und Gesellschaft 39, 63, 368f.
- Staatengemeinschaftsorgane, Begriff 438
- Staatenkonferenz 438
- Staatlichkeit und Souveränität 179
- Staatlichkeit
- der Europäischen Union 135, 321
- der Länder 58f., 246, 249, 287, 392, 405, 406
- Staatsferne des Privatrechts 366ff.
- Staatsgebietskörperschaften, Begriff 50, 447

- Staatsgewalt
 – Ausübung durch Gemeinden 63
 – Begriff i.S.v. Art. 20 GG 422
 – und »Gemeindegewalt« 63
 Staatsgrenzen 8
 – Funktion 9
 – räumliche Bedeutung 9, 27
 – Trennwirkung 9f., 18, 52, 112
 Staatsleitung, Begriff 265
 Staatsziel Europäische Union 57
 Staatszielbestimmungen 171
 – in Landesverfassungen 414
 Städtepartnerschaften 14, 24, 402
 Städteplanung, als Wissenschaftsdisziplin 1
 Ständige Konferenz der Gemeinden und Regionen Europas 34, 313
 Ständige Vertragskommission der Länder (Lindauer Abkommen) 204, 213, 225, 226
 Starrheit der Kompetenzordnung 210
 Staustufe Gamsheim, Verwaltungsvereinbarung 241
 Staustufe Iffezheim, Verwaltungsvereinbarung betr. 243, 283
 Stein (Aargau, CH) 228
 Steinkohle, Abbau im deutsch-niederländischen Grenzgebiet 73f.
 Stellvertretung, Begriff 44
 Stettin, Stadt (PL) 102
 Stettin, Wojewode von (PL) 98
 Stettin, Wojewodschaft (PL) 78
 StIGH 134, 152, 154, 340
 Stiring-Wendel 92
 Strafverfolgung, grenzüberschreitende 73
 Straßburg 68, 88, 99
 Straßen, grenzüberschreitende 66ff.
 Subjektstheorie
 – formale 378
 – materielle 378
 Subnationale Körperschaften, grenzüberschreitende Zusammenarbeit von 4, 5, 36, 66
 – rechtliche Instrumente zur Stärkung 103ff., 112
 Subordinationsrechtlicher öffentlich-rechtlicher Vertrag 376f.
 – Zulässigkeit als Handlungsform 377
 Subordinationstheorie 378
 Subsidiaritätsprinzip 318
 Süddeutsche Auffassung (betr. Vertragsgewalt) 215, 249
 Suderwick 280
 Summengrenze, Begriff 8
 Supranationale Gesellschaftsformen, Begriff 307, 322
 Supranationalität, Begriff 319
 Swinemünde (PL) 79, 228, 326
 Symmetrie von Abschluss- und Umsetzungsbefugnis, Begriff 217
 TACIS 29f.
 Tägerwilen (CH) 12, 94, 100
 Tarifverbände, grenzüberschreitende 68
 Tegelen (NL) 85
 Teilrechtsfähigkeit *siehe* Vollrechtsfähigkeit
 Teilrechtswahl 129
 Teilstaat, Bund als 56, 374
 Tengen 91, 325
 Territorialitätsprinzip 127, 342
 – Begriff 364
 Thiersee (Ö) 91
 Thurgau, Kanton (CH) 97
 Tirol (Ö) 90f.
 Tourismus, grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich 85
 Touristenzone 70, 279, 283
 Träger der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit
 – Arbeitsverwaltungen 49
 – Begriff im juristisch-technischen Sinn 43ff., 48f.
 – Gebietskörperschaften als 49ff., 112
 – Handwerkskammern 49
 – Hochschulen 49
 – Industrie- und Handelskammern 49
 – natürliche Personen als 43
 – öffentlich-rechtliche Körperschaften als 49ff.
 – Vielzahl 49
 Träger öffentlicher Belange, Nachbargemeinden als 77
 traité, Begriff 148
 transborder co-operation 30
 transfere, Deutung des Übertragungsvorgangs i.S.v. Art. 23, 24 GG als 424
 Transformation, Begriff 160, 196, 287, 354
 Transformationslehre 157ff., 167ff., 330
 transfrontier area 30
 transfrontier co-operation 30, 31, 34, 36
 Transnational, Begriff 39, 318
 Transnationale Beziehungen 37ff.
 – Akteure 38f.
 Transnationale Interaktion 39
 Transnationale Zusammenarbeit 37ff., 318
 Transnationales Recht 38, 129, 138f., 143
 treaty, Begriff 148

- Trier 280
Trier-Land 84, 91
Tschechische Republik 8, 9, 65, 73, 93, 98, 104, 214
- Übergreifende Verträge
– Abschlussbefugnis des Bundes 214ff., 220, 288, 452
– Begriff 212, 215, 216
– Umsetzungsbefugnis 221ff.
- Übertragener Wirkungskreis 61
– der Gemeinden 400
- Übertragung von Hoheitsrechten 3, 5, 31, 110f., 115, 201ff., 239, 261, 285, 326, 355, 449, 455
– »Abtretung« im zivilrechtlichen Sinne 423ff., 449
– Adressaten 420, 434ff.
– als vertragliche Gestaltungsmöglichkeit der Zusammenarbeit 419ff., 449
– Dauer und Festigkeit, Kriterium für die 432f.
– Deutung als »transferre« oder »conferre« 424
– dingliche Aussonderung von Staatsgewalt 423f., 427
– durch formelle Verfassungsänderung 434, 447
– Durchgriffswirkung, als entscheidendes Kriterium 427ff., 436, 449
– einseitige 421, 425f.
– Gegenstand der Übertragung (»Hoheitsrechte«) 427ff., 449
– Gesetz erforderlich 448
– Kompetenzverteilung auf Bund, Länder und Gemeinden 420, 446ff., 450, 455
– Mitwirkung deutscher Stellen im neuen Hoheitsträger 426
– und »Grundrechtswirkung« 428ff., 431, 449
– und »Zulassung« fremder Hoheitsgewalt 431ff.
– Vorgang der 422ff., 449
- Überverfassungsrang des EG-Rechts 174
ultra-vires-Handlungen 374
ultra-vires-Lehre 383ff. 389f., 409
- Umsetzung völkerrechtlicher Verträge 330
– Begriff 196, 211
– Funktionen des Zustimmungsgesetzes 218f., 226, 239f.
- Umweltgefährdungen an der Grenze 81ff.
Umweltgespräche, deutsch-schweizerische 79
- Umweltkommission, deutsch-polnische 78
Umweltrat
– deutsch-französischer 78
– deutsch-polnischer 81
Umweltschutz, grenzüberschreitender 78ff.
Umweltschutzpilotprojekte 79f., 228, 326
Umweltvereinbarungen 293
Umweltverschmutzung, grenzüberschreitende 13
Unechte Übertragung von Hoheitsrechten 432f.
Uneigentliche Ratsbeschlüsse 295
Ungeschriebene Gesetzgebungskompetenzen 231f.
Unionsrechtlicher Vertrag, Begriff 321f.
Universalität des Wirkungskreises 50
Universität Metz 87
Universität Robert Schuman (Straßburg) 88
Universität Trier 86
Universitäten, als Teilhaber der auswärtigen Gewalt 198
Unmittelbare Anwendbarkeit völkerrechtlicher Verträge 167
Unvollständigkeit der Kompetenzabscheidung 250, 266
URBAN, Gemeinschaftsinitiative 318
USA 428
UVP-Richtlinie 81, 310
- Vaals (NL) 95, 99
Venlo (NL) 85
Verantwortung für den Inhalt fremden Recht, Abweisung 331, 353, 416
Verbandskompetenz 282
– Begriff 380, 383
– der Länder 205, 401, 420, 452
– räumliche 383
– sachliche 383
– und Einheitsstaat 391
– und Vertragsfähigkeit *siehe* Vertragsfähigkeit
Verbandspersönlichkeit von Bund, Ländern, Gemeinden 384, 391
Verbindlichkeit
– autonome 114, 117ff.
– Begriff 114
– rechtlich / nicht-rechtliche 115ff.
– Träger einer 47
– Unteilbarkeit 129
– Ursache 114, 117ff., 142, 145, 336, 374
Verbot doppelter Strafverfolgung 348

- Verbrechensbekämpfung in Grenzgebieten 71
- Verbundverwaltung, Begriff 245
- Verdeckte Stellvertretung 44, 243
- Vereinigtes Königreich 152
- Verfassungsautonomie der Länder 58
- Verfassungscharakter des primären Gemeinschaftsrechts 135
- Verfassungsgewohnheitsrecht 211
- Verfassungshöchstrang des EG-Rechts 174
- Verhandlungsmandat, Handeln ohne 45f.
- Verkehrsmittel, grenzüberschreitende 66ff.
- Verkehrsschutz, Argument für Vollrechtsfähigkeit des Staates 385, 386f., 388
- Vermittelnde Auffassung (betr. Vertragsgewalt) 216, 229, 244, 245, 288, 452
- Verrechtlichung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit 2, 112, 451
- Versteinerungsklauseln (im Kollisionsrecht) 357
- Vertrag
 - Begriff 115f., 142, 324
 - Bezeichnung 132
 - dinglicher 116
 - Idee 128
 - Identität 130
 - im deutschen Recht 376ff.
 - im Völkerrecht 115
 - privatrechtlicher 116
 - verfügender 116
- Vertrag als Instrument grenzüberschreitender Zusammenarbeit 4, 114ff.
- Vertrag über die Europäische Union
 - Art. 11ff. 21
 - Art. 29ff. 21
 - Art. 50 56
 - 2. Säule 320, 322
 - 3. Säule 72, 320, 322
- Vertragsfähigkeit 4, 5, 124, 126, 175
 - als Voraussetzung der Grundlegung 374f., 417
 - Begriff 374, 379f.
 - »dingliche« Wirkung 380
 - in fremden Rechtsordnungen 407ff.
 - natürlicher Personen 414
 - öffentlich-rechtliche / privatrechtliche, Unterscheidung 380ff.
 - öffentlich-rechtliche, von Bund, Länder und Gemeinden 389f., 390f., 412ff.
 - prinzipielle / aktuelle, Unterscheidung 374f.
 - privatrechtliche, von Bund, Länder und Gemeinden 381ff., 390f., 411f.
 - und Rechtsfähigkeit, Verhältnis 380f.
 - und Verbandskompetenz, Verhältnis 380ff., 406f., 417
 - von Bund, Ländern und Gemeinden im deutschen Recht 375, 376ff.
 - von Bund, Ländern und Gemeinden in ausländischen Rechtsordnungen 375, 407ff.
- Vertragsformverbot 390
- Vertragsfreiheit
 - verfassungsrechtliche Grundlagen 376
 - völkerrechtlicher Grundsatz 243
- Vertragsgewalt (Abschlussbefugnis) 194ff.
 - Begriff 209
 - der deutschen Länder, Beschränkungen 285
 - der österreichischen Länder 283
 - Möglichkeit der Weiterleitung 209ff., 260, 452
- Vertragsinstrument
 - und auswärtige Gewalt 393ff.
 - und Kompetenzverteilung, Verhältnis 392f.
 - und materielle Aufgabe, Verhältnis 391ff.
- Vertragsorgan
 - als Adressat der Übertragung von Hoheitsrechten i.S.v. Art. 23, 24 GG 435ff., 450, 455
 - Begriff 320
- Vertragspartei
 - eines völkerrechtlichen Vertrages, Eidgenossenschaft 45
 - »Regierung« als 48
- Vertragspartnerschaft, doppelte *siehe* Doppelte Vertragspartnerschaft
- Vertragsschluss, grenzüberschreitender 3
- Vertragsstatut 363
- Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten, als Gemeinschaftsorgan 294
- Vertretung
 - Begriff 44, 243
 - Regelung in deutsch-österreichischem Abkommen 283f.
- Verwaltungsabkommen, völkerrechtliche
 - als Akte der Staatsleitung 265
 - Begriff 233
 - Notwendigkeit innerstaatlicher Geltungsanordnung 154f.
 - und Vertragsgewalt der Länder 233
- Verwaltungsbereiche von Bund und Ländern, Trennung 246ff.
- Verwaltungsgrenzen 8
- Verwaltungshoheit der Länder 246

- Verwaltungsorganisationsrecht, Gesetzgebungsmaterie 234ff.
- Verwaltungsprivatrecht
- Begriff 385f.
 - und der Begriff der »Hoheitsrechte« i.S.v. Art. 23, 24 GG 430
- Verwaltungsteilung, Begriff 64
- Verwaltungsverfahrensgesetz 376, 378, 390
- des Bundes und der Länder 406
 - Musterentwurf des BVwVfG (1963) 377
- Verwaltungsverfahrenrecht, Gesetzgebungsmaterie 234ff.
- Verwaltungswissenschaft 43
- Verweisung 163, 341
- als Übertragung von Hoheitsrechten 355
 - Bedeutung im Kollisionsrecht 350ff., 367, 410, 454
- Verweisungsnorm, völkerrechtliche 126, 209, 375, 452
- Verwendungserklärung 48
- Vlagtwedde (NL) 85, 86
- Volk, Begriff 63, 422
- Völkergewohnheitsrecht
- und staatliches Recht 155
 - Völkerrechtsquelle 175
 - Quelle der Vertragsfähigkeit 176ff., 287
- Völkerrecht
- als öffentliches Recht 149
 - als »proper law« lokaler grenzüberschreitender Vereinbarungen 362f.
 - als Rechtsordnung 134
 - und staatliches Recht 153ff., 350f., 358
 - Unterscheidung Öffentliches Recht - Privatrecht im 149
 - Verweisung auf nationales Recht (»Delegation«) 180f.
- Völkerrechtliche Kaufverträge 149
- Völkerrechtliche Verantwortlichkeit 144, 229, 266
- Völkerrechtliche Verträge des Bundes mit
- Belgien 67, 69, 71, 76, 93, 262, 271, 275, 281
 - CSFR (Weiteranwendung) 82, 414
 - Dänemark 69, 74, 75, 82, 93, 281, 348
 - Frankreich 20, 66, 69, 71, 72, 75, 76, 87, 92f., 173, 226, 241, 243, 262, 272, 280, 281, 283
 - Luxemburg 66, 69, 72, 76, 93, 226, 272, 279, 280, 281
 - Niederlande 69, 72, 73, 74, 76, 82, 93, 192, 225, 259, 261f., 271, 275
 - Österreich 67, 69, 72, 75, 76, 92, 93, 94, 241, 271, 273, 279, 281f., 283
 - Polen 9, 66, 69, 70, 71, 72, 74, 76, 78, 79, 93, 272, 279, 282, 414
 - Schweiz 66, 67, 69, 70, 73, 75, 76, 82, 93, 226, 272, 279
 - Spanien 432
 - Tschechien 9, 66, 68, 69, 70, 74, 78, 79f., 82, 279, 414
- Völkerrechtliche Vertragsfähigkeit 144f., 325
- Anerkennung als Voraussetzung 182ff.
 - aus Völkergewohnheitsrecht 176ff.
 - aus völkerrechtlichen Verträgen 189, 287f.
 - Begriff 175, 176
 - der Gemeinden 174ff., 186ff., 190ff.
 - der Länder 174ff., 179ff.; 190ff.
 - des Bundes 174ff., 176ff., 189f.
 - erga omnes-Wirkung 194
 - nicht-staatlicher Partner 147
 - relative Bedeutung 193
 - Verhältnis zur Abschlussbefugnis (»Vertragsgewalt«) 194ff.
 - von Gliedstaaten 126
 - von kommunalen Gebietskörperschaften 146, 324, 393f.
- Völkerrechtlicher Vertrag
- Abschluss, Begriff 151, 196
 - Abschlussbefugnis 194ff.
 - Adressaten der Vertragspflichten 151ff., 158, 159, 165
 - als Instrument grenzüberschreitender Zusammenarbeit 4f., 59, 144ff.
 - Begriff 144ff., 146ff., 286, 296
 - betr. grenzüberschreitende Zusammenarbeit v. Gebietskörperschaften 225ff., 288
 - Durchführung im Wege grenzüberschreitender Zusammenarbeit 4f., 257ff.
 - Einbeziehung in den staatlichen Rechtsraum 151ff.
 - Einordnung eines Vertrages als 148ff.
 - Grundlegung im Völkerrecht 144ff.
 - inter partes-Wirkung 193
 - Methoden der Einbeziehung in innerstaatliches Recht 157ff.
 - Quelle der Vertragsfähigkeit 189ff., 287f.
 - Rang 172ff.
 - strictu sensu 144
 - Umsetzung, Begriff 196
 - Umsetzungsbefugnis 211ff.
 - und Art. 32 GG 394ff., 397
 - unmittelbare Anwendbarkeit 167ff.
 - Verhältnis zum staatlichen Recht 155ff.
 - Völkerrechtsquelle 175

- Vorliegen bei nur einem vertragsfähigen Rechtssubjekt 148, 287
- zwischen Bundesländern 131
- Völkerrechtliches Unrecht 144, 145, 153, 365
- Völkerrechtsförmliche Akte
 - Beschränkung von Art. 32 GG auf 197, 275
 - Vertragsschluss als 285
 - von Art. 32 Abs. 1 erfasst 250
- Völkerrechtsfreundlichkeit, Grundsatz des Grundgesetzes 151, 152f., 173f., 217
- Völkerrechtsordnung
 - als Faktum 161
 - als wählbare Rechtsordnung 299
 - Handeln subnationaler Akteure in der 40
 - koordinationsrechtlicher Charakter 134, 164, 166, 331
 - subordinationsrechtlicher Charakter 331
- Völkerrechtssubjektivität
 - aktive / passive, Unterscheidung 177
 - Begriff 147
 - des Individuums 153, 172, 185
 - kraft Landesrechts 186
 - nichtstaatlicher Vertragspartner 137
 - partielle 185
 - potentielle 183
 - von Bundesstaaten 177
 - von Gemeinden 209ff., 260, 324, 452
 - von Gliedstaaten 178
 - von Internationalen Organisationen 190f.
- Völkerverständigung, Motiv von Partnerschaftsvereinbarungen 14
- Volkswirtschaftslehre 1
- Vollrechtsfähigkeit / Teilrechtsfähigkeit juristischer Personen des öff. Rechts
 - privatrechtliche 383ff.
 - öffentlich-rechtliche 389ff.
- Vollzug, Begriff 158ff., 196
- Vollzugslehre (-theorie) 157ff., 167ff., 287, 330, 354
- Vorarlberg (Ö) 97
- Vorbehalt des Gesetzes, Begriff 223
- Vorfragen (im Kollisionsrecht) 413
- Vorgeschobene Grenzabfertigung 70, 279, 432
- Vorrang des EuGVÜ vor nationalem Recht 293f.
- Vorrang des Gemeinschaftsrechts 136, 174, 293
- Vorstaatlichkeit des Privatrechts *siehe* Staatsferne
- Wahrnehmungszuständigkeit 268
- Waldfeucht 90
- Wallerfangen 280
- Wallonie (B) 108, 225, 256
- Walsertal (Ö) 85
- Warnung, keine Zusammenarbeit 15f.
- Wattenmeer, Schutz des 74
- Wehrpflicht von Doppelstaaten 348
- Wehrpflichtgesetz 348
- Weil a. Rhein 67, 68, 325
- Weißenburg (F) 95
- Weltrechtsordnung 351
- Weltrechtsprinzip 342
- Wiedervereinigung 65, 97f.
- Wiedingharde-Tonderner Marsch, Grenzregion 83
- Willenseinigung, prägendes Merkmal der Zusammenarbeit 12, 27, 112, 114
- Winschoten (NL) 102
- Wirkungsbereich einer Rechtsordnung, Begriff 342
- Wirkungskreis 380, 383, 386
 - der Kreise 50f., 399ff., 403
 - gemeindlicher (eigener / übertragener) 267, 391, 399ff., 447
 - staatlicher 267
 - und grenzüberschreitende Dimension der Aufgabe 397ff., 399ff., 417
- Wirtschaftsförderung, grenzüberschreitende 83ff.
- Wirtschaftsförderungsgesellschaft Saar-Ost/Westpfalz GmbH 83f.
- Wissenschaft, grenzüberschreitender Zusammenarbeit im Bereich der 86ff.
- Wortlautinterpretation von Art. 23 und 24 GG 423ff., 447
- WVK 300
 - Art. 2 Abs. 1 Buchst. a) 146, 150
 - Art. 3 146f.
 - Art. 46 178, 192, 195
- WVKIO 300
- Zelezna Ruda (CZ) 77
- Zentraleuropäische Initiative 43
- Zentralistische Auffassung (betr. Vertragsgewalt) 215ff., 244, 288
- Zentralstaat 52, 53, 54, 55, 56, 57
- Zirkelschluss 378, 385
- Zivilgesetzbuch, europäisches 303ff., 322
- Zollverwaltungen, Zusammenarbeit im Bereich der 26, 71
 - deutsch-polnischer Vertrag 26, 71
 - deutsch-tschechischer Vertrag 71

- Zulassung fremder Hoheitsgewalt, Abgrenzung zur Übertragung 431ff.
- Zuordnung, Begriff 44
- Zurechnung
 - allgemeiner Begriff 43, 49
 - spezifischer Begriff 44
- Zurechnungsendpunkt 44, 47
- Zurechnungssubjekt 43, 48
- Zurzach (CH) 99
- Zusammenarbeit
 - Begriff 11ff., 114
 - Begründung – Durchführung, Unterscheidung 12f., 15f., 27, 116, 275, 278
 - Gleichordnung der Beteiligten 16
 - und einseitiges Verhalten 15f., 21
 - Zusammenwirken der Mitgliedstaaten in den EG-Organen als 21ff.
- Zusammenlegung von Grenzabfertigungsstellen 70
- Zuständige Stellen, Durchführung völkerrechtlicher Verträge durch
 - Beispiele 279ff.
 - Handeln im Namen des Bundes oder in eigener Sache 258, 282ff.
- Zustimmung der Bundesregierung
 - gemäß Art. 24 Abs. 1 a GG 425, 448
 - gemäß Art. 32 Abs. 3 GG 198, 206, 229, 237, 244, 245, 249, 251, 252, 255, 286, 395, 396
 - unter Bedingungen 252
- Zustimmung des Bundesrates 201, 234, 425
- Zustimmung des Landtags 225
- Zustimmungsgesetz 160, 225, 239, 255
 - Funktionen 218f., 226, 239f.
- Zwangskörperschaften, Bund, Länder und Gemeinden als 388
- Zweckverband, Handlungsform im Rahmen des Anholter Abkommens 107
- Zweckverbandsgesetz Rheinland-Pfalz 415
- Zweckverbandsrecht 234
- Zweiaktigkeit der Übertragung von Hoheitsrechten 201, 425ff., 431, 444, 449
- Zweibrücken 100
- Zwischenstaatliche Einrichtung i.S.v. Art. 24 Abs. 1 GG
 - Adressat von Hoheitsrechten 201, 420, 447, 449, 455
 - Begriff 206, 434ff., 450
 - Notwendigkeit völkerrechtlicher Rechtsfähigkeit 435ff., 449, 455

Jus Publicum

Beiträge zum Öffentlichen Recht

Alphabetisches Verzeichnis

- Axer, Peter:* Normsetzung der Exekutive in der Sozialversicherung. 2000. *Band 49.*
- Bauer, Hartmut:* Die Bundestreue. 1992. *Band 3.*
- Blanke, Hermann-Josef:* Vertrauensschutz im deutschen und europäischen Verwaltungsrecht. 2000. *Band 57.*
- Böhm, Monika:* Der Normmensch. 1996. *Band 16.*
- Bogdandy, Armin von:* Gubernative Rechtsetzung. 2000. *Band 48.*
- Brenner, Michael:* Der Gestaltungsauftrag der Verwaltung in der Europäischen Union. 1996. *Band 14.*
- Britz, Gabriele:* Kulturelle Rechte und Verfassung. 2000. *Band 60.*
- Burgi, Martin:* Funktionale Privatisierung und Verwaltungshilfe. 1999. *Band 37.*
- Claasen, Claus Dieter:* Die Europäisierung der Verwaltungsgerichtsbarkeit. 1996. *Band 13.*
- Danwitz, Thomas von:* Verwaltungsrechtliches System und Europäische Integration. 1996. *Band 17.*
- Detterbeck, Steffen:* Streitgegenstand und Entscheidungswirkungen im Öffentlichen Recht. 1995. *Band 11.*
- Di Fabio, Udo:* Risikoentscheidungen im Rechtsstaat. 1994. *Band 8.*
- Enders, Christoph:* Die Menschenwürde in der Verfassungsordnung. 1997. *Band 27.*
- Epping, Volker:* Die Außenwirtschaftsfreiheit. 1998. *Band 32.*
- Felix, Dagmar:* Einheit der Rechtsordnung. 1998. *Band 34.*
- Gellermann, Martin:* Grundrechte im einfachgesetzlichen Gewande. 2000. *Band 61.*
- Gröschner, Rolf:* Das Überwachungsrechtsverhältnis. 1992. *Band 4.*
- Groß, Thomas:* Das Kollegialprinzip in der Verwaltungsorganisation. 1999. *Band 45.*
- Gurlit, Elke:* Verwaltungsvertrag und Gesetz. 2000. *Band 63.*
- Häde, Ulrich:* Finanzausgleich. 1996. *Band 19.*
- Hase, Friedhelm:* Versicherungsprinzip und sozialer Ausgleich. 2000. *Band 64.*
- Heckmann, Dirk:* Geltungskraft und Geltungsverlust von Rechtsnormen. 1997. *Band 28.*
- Hellermann, Johannes:* Örtliche Daseinsvorsorge und gemeindliche Selbstverwaltung. 2000. *Band 54.*
- Hermes, Georg:* Staatliche Infrastrukturverantwortung. 1998. *Band 29.*
- Hösch, Ulrich:* Eigentum und Freiheit. 2000. *Band 56.*
- Holzsnigel, Bernd:* Rundfunkrecht in Europa. 1996. *Band 18.*
- Horn, Hans-Detlef:* Die grundrechtsunmittelbare Verwaltung. 1999. *Band 42.*
- Huber, Peter-Michael:* Konkurrenzschutz im Verwaltungsrecht. 1991. *Band 1.*
- Ibler, Martin:* Rechtspflegender Rechtsschutz im Verwaltungsrecht. 1999. *Band 43.*
- Jestaedt, Matthias:* Grundrechtsentfaltung im Gesetz. 1999. *Band 50.*
- Kadelbach, Stefan:* Allgemeines Verwaltungsrecht unter europäischem Einfluß. 1999. *Band 36.*
- Kahl, Wolfgang:* Die Staatsaufsicht. 2000. *Band 59.*
- Koch, Thorsten:* Der Grundrechtsschutz des Drittbetroffenen. 2000. *Band 62.*

Jus Publicum

- Korloth, Stefan*: Der Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern. 1997. *Band 23*.
- Kluth, Winfried*: Funktionale Selbstverwaltung. 1997. *Band 26*.
- Kugelman, Dieter*: Die informatorische Rechtsstellung des Bürgers. 2001. *Band 65*.
- Lehner, Moris*: Einkommensteuerrecht und Sozialhilferecht. 1993. *Band 5*.
- Lücke, Jörg*: Vorläufige Staatsakte. 1991. *Band 2*.
- Manssen, Gerrit*: Privatrechtsgestaltung durch Hoheitsakt. 1994. *Band 9*.
- Masing, Johannes*: Parlamentarische Untersuchungen privater Sachverhalte. 1998. *Band 30*.
- Morgenthaler, Gerd*: Freiheit durch Gesetz. 1999. *Band 40*.
- Morlok, Martin*: Selbstverständnis als Rechtskriterium. 1993. *Band 6*.
- Niedobitek, Matthias*: Das Recht der grenzüberschreitenden Verträge. 2001. *Band 66*.
- Oeter, Stefan*: Integration und Subsidiarität im deutschen Bundesstaatsrecht. 1998. *Band 33*.
- Pauly, Walter*: Der Methodenwandel im deutschen Spätkonstitutionalismus. 1993. *Band 7*.
- Pielow, Johann-Christian*: Grundstrukturen öffentlicher Versorgung. 2000. *Band 58*.
- Publ, Thomas*: Budgetflucht und Haushaltsverfassung. 1996. *Band 15*.
- Reinhardt, Michael*: Konsistente Jurisdiktion. 1997. *Band 24*.
- Rodi, Michael*: Die Subventionsrechtsordnung. 2000. *Band 52*.
- Rossen, Helge*: Vollzug und Verhandlung. 1999. *Band 39*.
- Rozeke, Jochen*: Die Unterscheidung von Eigentumsbindung und Enteignung. 1998. *Band 31*.
- Sacksofsky, Ute*: Umweltschutz durch nicht-steuerliche Abgaben. 2000. *Band 53*.
- Šarčević, Edin*: Das Bundesstaatsprinzip. 2000. *Band 55*.
- Schlette, Volker*: Die Verwaltung als Vertragspartner. 2000. *Band 51*.
- Schmidt-De Caluwe, Reimund*: Der Verwaltungsakt in der Lehre Otto Mayers. 1999. *Band 38*.
- Schulte, Martin*: Schlichtes Verwaltungshandeln. 1995. *Band 12*.
- Sobota, Katharina*: Das Prinzip Rechtsstaat. 1997. *Band 22*.
- Sodan, Helge*: Freie Berufe als Leistungserbringer im Recht der gesetzlichen Krankenversicherung. 1997. *Band 20*.
- Sommermann, Karl-Peter*: Staatsziele und Staatszielbestimmungen. 1997. *Band 25*.
- Trute, Hans-Heinrich*: Die Forschung zwischen grundrechtlicher Freiheit und staatlicher Institutionalisierung. 1994. *Band 10*.
- Uerpmann, Robert*: Das öffentliche Interesse. 1999. *Band 47*.
- Wall, Heinrich de*: Die Anwendbarkeit privatrechtlicher Vorschriften im Verwaltungsrecht. 1999. *Band 46*.
- Wolff, Heinrich Amadeus*: Ungeschriebenes Verfassungsrecht unter dem Grundgesetz. 2000. *Band 44*.
- Volkman, Uwe*: Solidarität – Programm und Prinzip der Verfassung. 1998. *Band 35*.
- Voßkuhle, Andreas*: Das Kompensationsprinzip. 1999. *Band 41*.
- Ziekow, Jan*: Über Freizügigkeit und Aufenthalt. 1997. *Band 21*.

*Einen Gesamtkatalog erhalten Sie gerne vom Verlag
Mohr Siebeck, Postfach 2040, D-72010 Tübingen.
Aktuelle Informationen im Internet unter <http://www.mohr.de>*